

## Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris

Z A 5-146.A/64 geheim

9. Dezember 1964<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen führte am 9. Dezember 1964 um 15.30 Uhr in Paris ein Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Außenminister Couve de Murville.

Einleitend kam der Herr *Minister* auf die Frage der osteuropäischen Länder zu sprechen und bemerkte, die Arbeitsbedingungen der deutschen Handelsmissionen in den osteuropäischen Ländern seien sehr schwierig. Er sei dankbar für die Hilfe, welche den deutschen Vertretern bisher von den befreundeten Diplomaten zuteil geworden sei. Das Bild werde erst vollständig, wenn entsprechende Vereinbarungen auch mit der Tschechoslowakei getroffen werden seien. Verhandlungen darüber hätten eingesetzt<sup>2</sup>, seien natürlich sehr schwierig. Es gebe für die Bundesregierung dabei zwei Probleme: erstens die Berlin-Klausel und zweitens das Münchener Abkommen.<sup>3</sup> Hinsichtlich der Berlin-Klausel sei es bisher gelungen, mit unterschiedlichen Formulierungen, die jedoch dasselbe Ziel erreicht hätten, zu einer Einigung zu kommen. Es sei

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 10. Dezember 1964 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Simon vorgelegen, der am 10. Dezember 1964 handschriftlich für Bundesminister Schröder vermerkte: „Sie hatten Herrn Saragat eine Unterrichtung zugesagt. Wie soll diese erfolgen. Soll M[inisterial]d[iri]g[ent] Voigt anhand des Protokolls einen Erlaß an Botschaft Rom richten?“

Hat Schröder am 11. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „Mit d[er] Bitte um weitere Veranlassung. B[undes]K[anzler] (Botschaft Paris 1 [Exemplar] ? Rom – siehe Notiz Dr. Si[mon].“

Hat am 11. Dezember 1964 Carstens vorgelegen, der für Ministerialdirigent Voigt handschriftlich vermerkte: „1) Ich habe B[otschafter] Blankenhorn heute fernm[ün]dl[ich] in großen Zügen unterrichtet (für Saragat). 2) Bitte Rom durch (vorsichtig dosierten) Erlaß unterrichten (ev[entuell] auch weitere Missionen). B[otschafter] Klaiber hat Exemplar erhalten.“ Carstens sandte die Aufzeichnung am 11. Dezember 1964 an Schröder zurück und unterrichtete ihn handschriftlich über seine Verfügung und darüber, daß Bundeskanzler Erhard ein Exemplar erhalten habe.

Hat Voigt am 12. und 14. Dezember 1964 vorgelegen, der für Simon handschriftlich vermerkte: „a) der Erlaß Rom am 12.12. über gem[einsame] europäische politische Zusammenarbeit b) Weiterer Erlaß vom 14.12. über MLF-Fragen (Rom, London, Wash[ington], Natogermana).“

<sup>2</sup> Zu den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über einen Austausch von Handelsvertretungen vgl. zuletzt Dok. 344, besonders Ann. 43.

Am 11. Dezember 1964 einigten sich die Verhandlungsdelegationen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei auf einen vorläufigen Entwurf einer Vereinbarung über den Austausch von Handelsvertretungen, in dem die schwierigsten Themenbereiche ausgeklammert waren. Dazu gehörten außer der Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen auch das Problem des freien Zugangs zu den Handelsvertretungen und die tschechoslowakische Forderung, daß die Handelsvertretung dem Außenhandelsministerium und nicht dem Außenministerium unterzuordnen sein solle. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Jestaedt vom 14. Dezember 1964 und den Entwurf über ein Außenhandelsabkommen vom 14. Dezember 1964; Abteilung III (III A 6), VS-Bd. 289; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

noch nicht ganz abzusehen, wie Pankow und Prag in dieser Frage stünden. Er nehme an, daß auch die Tschechoslowakei eine Möglichkeit finden werde, eine Berlin-Klausel zu akzeptieren.<sup>4</sup> Hinsichtlich des Münchener Abkommens habe die Bundesregierung bisher den Standpunkt vertreten, daß Hitler selbst das Abkommen zerrissen habe und daher eine besondere Ungültigkeitserklärung nicht notwendig sei.<sup>5</sup> Die Bundesregierung leite aus dem Münchener Abkommen auch keinerlei territoriale Forderungen her. Schwierig sei eine Ungültigkeitserklärung deshalb, weil im Münchener Abkommen unter anderem Nationalitätsfragen und Fragen der Eigentumsverhältnisse geregelt worden seien, die dann für die Vertriebenen große Konsequenzen haben würden. Die Bundesregierung würde es daher vorziehen, diese Fragen in einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland zu regeln. Möglicherweise gebe sich die Tschechoslowakei damit zufrieden, wenn die Bundesregierung erkläre, daß Hitler das Abkommen zerrissen und die Bundesregierung keine territorialen Forderungen daraus habe. Eventuell müßte man eines Tages die Nationalitäts-, Wehrdienst- und Eigentumsfragen getrennt behandeln. Dies sei jedoch unmöglich in einem Handelsvertrag. Der Herr Minister betonte, er wäre dankbar, wenn Außenminister Couve de Murville seine Auffassung zu diesen Ländern darlegen würde, um so mehr als in letzter Zeit manchmal gesagt worden sei, hinsichtlich Osteuropas hätten Deutschland und Frankreich keine gemeinsame Politik. Er selbst sei jedoch immer unter dem Eindruck gewesen, daß, abgesehen von der Kreditfrage<sup>6</sup>, die Politik der beiden Länder gegenüber Osteuropa dieselbe sei.<sup>7</sup>

Außenminister Couve de Murville kam zunächst auf die Tschechoslowakei zu sprechen, da hier in gewisser Weise ein besonderer Fall vorliege. Nach seinen Gesprächen mit den Tschechen<sup>8</sup> habe er den Eindruck, daß die Tschechoslowakei wahrscheinlich dasjenige osteuropäische Land sei, das noch am stalinistischsten sei. Man höre von dort immer noch dieselben stereotypen Phrasen, und es sei im Gegensatz zu den übrigen osteuropäischen Ländern äußerst

<sup>4</sup> Am 22. Dezember 1964 hielt der Leiter der deutschen Delegation, Botschafter Freiherr von Mirbach, zu den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei fest: „In der Frage der Einbeziehung Berlins in die Vereinbarungen, über die sehr offen gesprochen wurde, war keinerlei Fortschritt zu verzeichnen. Die Tschechen beharren nach wie vor auf ihrer Forderung, Berlin in den Vereinbarungen in keinerlei Form oder höchstens derart zu erwähnen, daß ein klarer Dissens erkennbar ist.“ Mirbach führte weiter aus, daß er dagegen auf einer „wirklichen Einigung über die Einbeziehung Berlins in die Vereinbarungen“ bestanden habe. Andernfalls müsse die Bundesrepublik die Verhandlungen abbrechen. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 266; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>5</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Erhard vom 11. Juni 1964 über die Rechtsunwirksamkeit des Münchener Abkommens vgl. Dok. 147, Anm. 15.

<sup>6</sup> Zur Vergabe von langfristigen Krediten an Ostblock-Staaten vgl. Dok. 273, besonders Anm. 39–43.

<sup>7</sup> Am 2. Dezember 1964 hielt Botschafter Klaiber, Paris, die Ergebnisse einer Unterhaltung zwischen Bundesminister Mende und dem französischen Staatspräsidenten in Paris fest. Mende habe gegenüber de Gaulle ausdrücklich auf das „Verständnis der deutschen Regierung“ hingewiesen, „daß sich Frankreich bemühe, durch Intensivierung der Kontakte mit den östlichen Satellitenländern zur Auflockerung des Ostblocks beizutragen. Gerade er als gesamtdeutscher Minister begrüße diese Politik.“ Schließlich habe Mende ausgeführt, daß die Bundesrepublik bestrebt sei, diese Politik durch die Einrichtung von Handelsvertretungen in osteuropäischen Staaten zu unterstützen. Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 151; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>8</sup> Zum Aufenthalt des tschechoslowakischen Außenministers am 26. November 1964 in Paris vgl. Dok. 344, Anm. 52.

schwierig, mit den Tschechen in ein wirkliches Gespräch zu kommen. Dennoch glaube er nicht, daß die Tschechoslowakei mit Pankow irgendwelche besonderen Beziehungen habe. Im übrigen sei er überhaupt der Auffassung, das keines der osteuropäischen Länder irgendeine besondere Wertschätzung für die „DDR“ hege. Hinsichtlich der Tschechoslowakei gebe es natürlich das Problem des Münchner Abkommens. In den tschechischen Köpfen gehe ein gewisser Verdacht und einige Furcht um, die sich insbesondere dadurch erkläre, daß in der Bundesrepublik, wie in allen übrigen Ländern eben auch, sehr viel geredet werde. Das bringe die Tschechen auf die Idee, daß Deutschland die Grenzfrage aufwerfe. Tatsächlich sei dies jedoch nicht der Fall, wie der Herr Minister gesagt habe und wie er selbst (Couve de Murville) glaube. Dennoch müsse man diese tschechische Furcht in Rechnung stellen. Sein tschechischer Kollege<sup>9</sup> habe ihm dies im übrigen mit ähnlichen Worten dargelegt. Alles, was die Bundesregierung daher tun könne, um diese Sorge zu zerstreuen, sei sicherlich sehr nützlich, insbesondere in der Grenzfrage. Das Problem der Vertriebenen liege natürlich auf einer anderen, nämlich der menschlichen Ebene.

Außenminister Couve de Murville fuhr fort, notgedrungenerweise seien die unmittelbaren östlichen Nachbarn Deutschlands (Tschechoslowakei und Polen) etwas anderer Auffassung und seien ganz instinktiv stärker an die Sowjetunion gebunden, da sie das Gefühl hätten, stärker auf die Sowjetunion angewiesen zu sein. Er wolle ganz offen sprechen und wisse, daß der Herr Minister diese Gedanken teile. Gemeinsame Politik Frankreichs und Deutschlands sei es, ganz allgemein die Lage in Osteuropa zu entspannen, damit jene Länder unabhängiger werden könnten. Alles, was getan werden könne, um den Furchtkomplex in der Tschechoslowakei und in Polen zu beseitigen, sei daher nützlich und liege im Interesse Frankreichs und Deutschlands. Dabei sei es nützlich, das Problem der „DDR“ zu isolieren. Offensichtlich hätten alle osteuropäischen Länder gegenüber Rußland wieder eine gewisse Bewegungsfreiheit gefunden. Dies sei normal und natürlich weitgehend auf die große Veränderung in der kommunistischen Welt zurückzuführen, nämlich den offenen Konflikt zwischen Rußland und China.<sup>10</sup> Das sei ein wesentlicher Faktor, welcher den bisherigen Satelliten im Westen Rußlands mehr Ellbogenfreiheit eingeräumt habe. Das bedeute natürlich noch lange nicht, daß diese Länder etwa nicht mehr kommunistisch seien. Sie seien kommunistisch und auch ihre Machthaber seien kommunistisch und hätten keinerlei Absicht, das System zu verändern, sei es auch nur, weil dann die dortigen Machthaber sofort abtreten müßten. Andererseits versuchten sie ganz vorsichtig, etwas Abstand zu Rußland zu gewinnen, ohne sich damit mit den Russen zu überwerfen oder in Schwierigkeiten zu geraten. Er hielte es auch nicht für richtig, wenn man den Versuch machen wollte, diese Länder in eine Opposition zu Rußland zu treiben. Dies wäre einerseits etwas künstlich angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse und liefe andererseits einer angestrebten Normalisierung der Lage zuwider. Es sei besser, sich auf eine langfristige Entwicklung des Regimes dieser Länder zu verlassen, die in Richtung auf stärkere Freiheit gehe.

<sup>9</sup> Vaclav David.

<sup>10</sup> Zum Konflikt zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China vgl. Dok. 297, Anm. 23.

Was man in der Praxis tun könne (und darüber habe er mit den Rumänen<sup>11</sup>, Tschechen, Bulgaren<sup>12</sup> und Jugoslawen<sup>13</sup> gesprochen), sei eine Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Wirtschaftlich laufe es bei den kommunistischen Ländern immer auf dasselbe hinaus, daß man nämlich mittelfristige Abkommen treffe (drei bis fünf Jahre) und versuche, soweit überhaupt möglich, mehr von deren Erzeugnissen zu kaufen, andererseits auch mehr zu verkaufen, was natürlich sofort die Kreditfrage aufbringe. Im kulturellen Bereich versuche man Ähnliches. Frankreich habe ein Kulturabkommen mit Jugoslawien und Bulgarien geschlossen<sup>14</sup> und bereite ein gleiches Abkommen mit Rumänien<sup>15</sup> vor. Die Kulturabkommen sähen den Austausch von Professoren, den Sprachunterricht und eine gewisse technische Hilfe im industriellen Bereich vor. All das gehe nicht sehr weit. Es habe außer der Tatsache, daß es immer gut sei, wenn man miteinander im Geschäft sei, den Vorteil, daß diese Länder dann weniger exklusiv an Rußland gebunden seien. Gebe man ihnen [nicht] die Möglichkeit eines stärkeren Handels mit dem Westen, so werde die dortige Wirtschaft nur auf die russische Wirtschaft ausgerichtet, und kulturell gesehen könne man verhindern, daß diese Länder ausschließlich darauf abstellt, Russisch zu lernen und in allen Bereichen die russischen Methoden zu übernehmen. Dies habe langfristig gesehen Vorteile.

Außenminister Couve de Murville sagte dann, er habe sehr stark den Eindruck gewonnen, daß diese Länder nicht so sehr daran interessiert seien, ganz bestimmte Probleme mit Frankreich zu diskutieren, sondern daß ihr Interesse hauptsächlich der bloßen Tatsache der Diskussion gelte. Die Tatsache, daß ihre Minister nach Paris kämen und daß gelegentlich ein französischer Minister in diese Länder reise, gefalle der öffentlichen Meinung, da sie den Eindruck gewinne, daß die Dinge sich entspannen und sie nicht mehr unter der ausschließlichen Herrschaft Rußlands stünden. Dieses psychologische Phänomen spiele eine beachtliche Rolle.

<sup>11</sup> Vom 16. November bis zum 15. Dezember 1964 hielt sich der rumänische Stellvertretende Ministerpräsident Birladeanu zu Verhandlungen über ein rumänisch-französisches Wirtschaftsabkommen in Paris auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 5.

<sup>12</sup> Am 28. November 1964 hielt sich der bulgarische Außenminister Baschew zu Gesprächen in Paris auf. Botschafter Klaiber, Paris, teilte am 1. Dezember 1964 mit, daß Baschew ausschließlich bilaterale Probleme angesprochen habe. In diesem Zusammenhang habe er „einige bulgarische Wünsche auf wirtschaftlichem Gebiet vorgebracht, die sich im üblichen Rahmen gehalten hätten“. Vgl. Referat I A 3, Bd. 407.

<sup>13</sup> Vom 24. bis 27. November 1964 hielt sich der jugoslawische Außenminister Popović in Paris auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 253.

<sup>14</sup> Nach neunmonatigen Verhandlungen schlossen Frankreich und Jugoslawien am 19. Juni 1964 ein auf fünf Jahre begrenztes Kulturabkommen. Botschafter Klaiber, Paris, hielt dazu am 21. November 1964 fest, daß der auf fünf Jahre geschlossene Vertrag „unleugbar eine Annäherung zwischen beiden Staaten auf kulturpolitischem Gebiet“ darstelle. Dabei habe Jugoslawien die Verhandlungen „von vornherein als rein politische Verhandlungen gesehen“. Vgl. Referat IV 1, Bd. 546.

Ein französisch-bulgarisches Kulturabkommen wurde erst am 16. Oktober 1966 geschlossen. Vgl. dazu NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 285 vom 17. Oktober 1966, S. 3.

<sup>15</sup> Am 11. Januar 1965 schlossen Frankreich und Rumänien ein Kulturabkommen, das den Austausch von Lehrern, Wissenschaftlern und Studenten sowie eine verstärkte Zusammenarbeit auf den Gebieten des Films, des Rundfunks, der Kunst und des Fremdenverkehrs vorsah. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 26.

Der Herr *Minister* stellte fest, daß die Auffassung der beiden Regierungen über diese Länder sowohl hinsichtlich des augenblicklichen Standes der Entwicklung als auch der Absichten und Möglichkeiten dieselben seien. Der Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland liege natürlich darin, daß Deutschland noch keine diplomatischen Vertretungen dort habe. Alle jene Länder (mit Ausnahme Polens) würden es im übrigen begrüßen, wenn eine diplomatische Vertretung der Bundesrepublik eingerichtet werden könnte. Den Tschechen müsse man klarmachen, daß Grenzfragen nicht bestünden und auch nicht zu erwarten seien. Gegenüber Polen allerdings gebe es immer noch das ungelöste Grenzproblem, das endgültig erst in einem gesamtdeutschen Friedensvertrag geregelt werden könne.<sup>16</sup> Hier habe ja auch Frankreich die Auffassung unterschrieben, daß für die Verhandlung die Grenzen von 1937 der Ausgangspunkt sein sollen.<sup>17</sup> Natürlich wolle auch die Bundesregierung möglichst wenig Spannung mit den Polen haben. Sie wolle jedoch eine Entwicklung erreichen, welche diese Länder an einem gesamtdeutschen Friedensvertrag interessiert halte. Das bedeute, daß diese Länder an einer endgültigen Lösung mit Gesamtdeutschland interessiert bleiben müßten. Dies verlange eine Politik, welche die Bedeutung Pankows in den Augen jener Länder verringere. Er glaube, daß er mit der französischen Regierung in dieser Tendenz übereinstimme.

Außenminister *Couve de Murville* nickte.

Der Herr *Minister* fuhr fort, man müsse nun einmal sehen, wie die Dinge mit der Tschechoslowakei weiterliefen.<sup>18</sup> Auch mit Jugoslawien gebe es einige Handelsabmachungen.<sup>19</sup> Jugoslawien stelle ja noch Wiedergutmachungsfordernungen<sup>20</sup>, welche die Bundesregierung aus einem gesamtdeutschen Gesichtspunkt her nicht akzeptieren könne. Er wäre Herrn *Couve de Murville* dankbar, wenn er den Jugoslawen sagen würde, man könne nicht einerseits Pankow anerkennen, andererseits mit der Bundesrepublik über Wiedergutmachung reden.

Außenminister *Couve de Murville* sagte im Zusammenhang mit dem gesamtdeutschen Problem, in den Gesprächen mit jenen Ländern sei er besonders beeindruckt worden durch die Tatsache, daß für diese Länder genauso wie für Frankreich und Deutschland das eine große europäische Problem das

<sup>16</sup> Im Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) bekräftigten die USA, Großbritannien und die UdSSR, „daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung zurückgestellt werden soll“. Vgl. DzD II/1, S. 2118. Zur Oder-Neiße-Linie vgl. Dok. 270. Vgl. weiter Dok. 397.

<sup>17</sup> Zu Artikel 7, Absatz 1 des Deutschland-Vertrages vom 26. Mai 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. Dok. 140, Anm. 15.

<sup>18</sup> Vgl. dazu weiter die Aufzeichnung des Botschafters Freiherr von Mirbach vom 16. Januar 1965; AAPD 1965.

<sup>19</sup> Zu den deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsabkommen vom 16. Juli 1964 vgl. Dok. 241, besonders Anm. 15 und Dok. 243.

<sup>20</sup> Zur Haltung der Bundesrepublik gegenüber den jugoslawischen Forderungen nach Wiedergutmachung hielt Staatssekretär Carstens am 25. November 1964 fest, daß die Bundesrepublik auch „weiterhin daran festhalten werde, mit Jugoslawien kein Wiedergutmachungsabkommen zu schließen, solange sich die Deutschland-Politik der jugoslawischen Regierung nicht grundsätzlich geändert hat“. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 430; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch Dok. 243, Anm. 10.

Deutschland-Problem sei. Diese Länder hätten keinen Zweifel daran, daß hier das Kernstück der Lage in Europa sitze. Das gelte nicht nur für die Tschechen, sondern auch für die Rumänen, Bulgaren und Jugoslawen. Natürlich verträren sie in dieser Frage die offizielle russische Doktrin.<sup>21</sup> Dennoch glaube er, wenn man an eine langfristige Lösung denke (die natürlich nicht über Nacht kommen könne), müsse man darauf aus sein, die Lage zu normalisieren und allmählich den Eisernen Vorhang abzubauen. Dies sei eine unerlässliche Voraussetzung, wolle man das deutsche Problem lösen.

Der Herr *Minister* sagte, hinsichtlich der langfristigen Beurteilung des Phänomens und der Hoffnung auf eine weitere Entwicklung scheine Einigkeit zu bestehen.

Außenminister *Couve de Murville* warf ein, dabei müsse man die „DDR“ einfach beiseite lassen.

Der Herr *Minister* sagte, genau das sei die Aufgabe.

Der Herr Minister kam dann auf die Frage einer Initiative im Zusammenhang mit dem Deutschland-Problem zu sprechen. Er würde es gerne sehen, wenn die vier Westmächte sich einigen könnten, der Sowjetunion einen Vorschlag zu machen, an der Viermächte-Verantwortung anzuknüpfen und auf irgendeiner Ebene ein Viermächte-Gremium einzusetzen, das sich mit der Deutschland-Frage und ihren verschiedenen Aspekten zu befassen habe.<sup>22</sup> Er glaube zwar nicht, daß die Sowjets zur Zeit sehr zu einer Zustimmung geneigt seien, da ihre offizielle These ja laute, diese Frage sei zwischen den beiden Deutschlands zu diskutieren.<sup>23</sup> Die Sowjets leugneten zwar ihre Viermächte-Verantwortung, anerkannten jedoch mehr oder weniger gewisse Reste einer solchen Verantwortung.<sup>24</sup> Dennoch hielte er es für nützlich, einen solchen Vorschlag zu machen. Es wäre gut für die Weltmeinung, sicherlich aber für die öffentliche Meinung in beiden Teilen Deutschlands. Er halte einen solchen Vorschlag deswegen für nötig, um darzutun, daß man sich weiterhin ernsthaft bemühe, selbst wenn die Sowjetunion nicht mitarbeiten wolle. Dieser Wille müsse von Zeit zu Zeit sichtbar erscheinen. Die Frage sei natürlich, welches Mandat man einer solchen Viermächte-Einrichtung geben könnte. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, ob man der Sowjetunion den Vorschlag nur in Verbindung mit einem klar definierten Mandat machen solle, oder ob man zu-

<sup>21</sup> Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 13, Anm. 10 und 15. Vgl. auch Dok. 202, Anm. 5.

<sup>22</sup> Zu den Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich der Einsetzung eines Viermächte-Rates zur Lösung der Deutschland-Frage vgl. Dok. 353, besonders Anm. 26. Vgl. weiter Dok. 387.

<sup>23</sup> Vgl. dazu auch Dok. 162, besonders Anm. 5.

<sup>24</sup> Am 3. Dezember 1964 stellte Referat II 1 neue Tendenzen der sowjetischen Deutschlandpolitik fest: „Es hat den Anschein, daß die neue sowjetische Führung mit der Chruschtschowschen Konzeption, die Wiedervereinigung Deutschlands als ‚Angelegenheit der beiden deutschen Staaten‘ zu bezeichnen, nicht einverstanden ist. Verschiedene Äußerungen sprechen dafür, daß jetzt in Moskau eine Richtung mehr Gewicht bekommen hat, die darauf abzielt, die Mitteleuropa-Frage unter Einbeziehung der Sicherheitsgesichtspunkte auf Viermächte-Ebene (Status quo, disengagement) zu lösen. Diese Tendenzen könnten eventuell für die Wiederbelebung der deutschen Frage benutzt werden. Um den Gefahren vorzubeugen, die durch entsprechende sowjetische Vorschläge für uns entstehen könnten, müßte das Mandat des von uns vorgeschlagenen Viermächte-Rates sehr sorgfältig durchdacht werden.“ Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8439; B 150, Aktenkopien 1964.

nächst mit dem Vorschlag beginnen solle und das Mandat erst dann festlegen, wenn die Sowjetunion danach frage. Natürlich könnte man darüber sprechen, welcher Auftrag möglich sei, denn es gebe mehrere Möglichkeiten eines solchen Auftrags. Der Vorschlag an die Sowjetunion sollte jedoch nur allgemein formuliert sein. Er sei daher der Ansicht, die vier Länder sollten sich darauf einigen, sobald wie möglich auf diplomatischem oder anderem Wege der Sowjetunion ein Viermächte-Gremium vorzuschlagen und dann die sowjetische Reaktion abzuwarten.

Außenminister *Couve de Murville* sagte, der Herr Bundesminister habe dieselbe Meinung ja schon im Mai in Den Haag vertreten<sup>25</sup>, das heißt, die Frage einer Lösung des deutschen Problems lebendig zu erhalten. Darüber werde am Montag noch weiter zu sprechen sein.<sup>26</sup> Die Diskussion am Montag werde wahrscheinlich der vom Mai ähnlich sein. Er fragte den Herrn Minister, ob er schon von den Amerikanern eine Reaktion erhalten habe. Die französische Regierung verstehe voll und ganz die Haltung der Bundesregierung und deren Sorge, und wenn etwas Nützliches getan werden könne, sei Frankreich gerne dazu bereit, zusammen mit Deutschland und den übrigen Alliierten etwas zu tun.

Der Herr *Minister* erwiderte, er habe über die Frage in Washington nicht im Detail gesprochen, vielmehr nur darauf hingewiesen, daß er gewisse Gedanken am 12. und 14. Dezember vortragen werde.<sup>27</sup> Er habe den Eindruck, als legten die Amerikaner großen Wert darauf, auch das Mandat eines solchen Viermächte-Gremiums von vornherein festzulegen. Die Amerikaner möchten den zweiten und dritten Schritt schon diskutieren, ehe sie den ersten täten. Er sei dagegen der Auffassung, man solle erst den ersten Schritt tun, und falls dann eine positive Reaktion erfolge, könne man sehen, welches die beste Antwort darauf wäre. Er sehe es nicht so gerne, wenn ein großer theoretischer Plan ausgearbeitet würde, weil eventuelle in einem solchen Plan enthaltene Konzessionen dann schon als aktuelle Politik aufgefaßt würden. Das Dilemma wäre daher nicht so groß, wenn man der Sowjetunion etwas Vernünftiges vorschlage und dann zunächst die sowjetische Reaktion abwarte. Die Amerikaner sagten, nicht ohne Grund, in den Sondierungen mit den Sowjets hätten sie vieles versucht, sich jedoch manchmal etwas von den übrigen verlassen gefühlt. Außenminister *Couve de Murville* wies darauf hin, niemand habe die Amerikaner gebeten, isolierte Positionen einzunehmen. Auch er halte es nicht für gut, präzise Wiedervereinigungspläne wie einst vorzulegen, da dies taktische Nachteile habe. Das einzige, was man sagen könne, sei, daß die Basis einer jeden Regelung die Selbstbestimmung sein müsse.

<sup>25</sup> Zur Erörterung der Deutschland-Initiative mit den drei Westmächten am 11./12. Mai 1964 in Den Haag vgl. Dok. 124 und Dok. 126.

<sup>26</sup> Zur Besprechung des Bundesministers Schröder mit den Außenministern der Drei Mächte am 14. Dezember 1964 vgl. Dok. 387.

<sup>27</sup> Zum Besuch des Bundesministers Schröder vom 22. bis 26. November 1964 in Washington vgl. Dok. 353, Dok. 360, Dok. 361 und Dok. 363.

Zur Tagung der leitenden Experten vom 12. Dezember 1964 und zur Besprechung mit den Außenministern der Drei Mächte am 14. Dezember 1964 in Paris vgl. Dok. 387, besonders Anm. 4 und 5.

Der Herr *Minister* bemerkte, er wäre dankbar, wenn Außenminister Couve de Murville seinen Vorschlag am nächsten Montag unterstützen würde.

Der Herr Minister kam dann auf die europäische politische Einigung zu sprechen. Er fragte, was Außenminister Couve de Murville vom deutschen und italienischen Vorschlag<sup>28</sup> halte.

Außenminister *Couve de Murville* erklärte, zunächst halte er es für notwendig, die zur Zeit anstehenden höchst schwierigen Fragen des Gemeinsamen Marktes (Getreidepreis, Finanzregelung usw.) zu erledigen. Er glaube, daß dies in den nächsten zwei bis drei Monaten möglich sein sollte. Die Getreidepreisfrage müßte bis Weihnachten geregelt werden<sup>29</sup> und anschließend die übrigen Fragen der Landwirtschaftspolitik sowie andere mögliche Themen, die von den Mitgliedsländern, insbesondere der Bundesrepublik, aufgeworfen würden.<sup>30</sup> Sei dies einmal geschehen, etwa bis Ostern 1965, dann habe man einen großen Schritt nach vorne getan und könne mit Ruhe an die Zukunft denken. Die Zukunft, das heiße die deutschen und italienischen Vorschläge. In dieser Beziehung meine er, man müsse bescheiden und realistisch sein und dürfe nicht zuviel und nicht zu schnell vorangehen wollen, vor allem nicht zu viele Fragen gleichzeitig regeln wollen. Genau diesen Merkmalen entspreche der deutsche Vorschlag. Der italienische Vorschlag dagegen sei schon ehrgeiziger, werfe zu viele Fragen auf und wolle zu vieles grundsätzlich regeln, worüber man sich unendlich unterhalten könnte. In der Praxis scheine ihm das Beste, mit einem Treffen anzufangen, zu diskutieren und diese Treffen regelmäßig fortzusetzen. Dabei sollte man versuchen, sich in einer möglichst großen Zahl von Fragen zu verständigen, ganz besonders hinsichtlich der politischen Alternativen, die heute bestünden. Man sollte dabei nicht zuviel grundsätzlich durch feierliche Erklärungen und Abkommen regeln wollen. Im Laufe der Jahre würden sich die Dinge dann herausschälen, und man könne an Institutionen denken. Sein Vorschlag laute daher, sofort mit dem Gespräch zu beginnen und eine allgemeine Übereinstimmung über den Anfang einer gemeinsamen Politik zu erzielen.

Der Herr *Minister* wiederholte, Couve de Murville denke offensichtlich an ein Treffen nach Ostern, das wahrscheinlich auf der Ebene der Außenminister oder der Regierungschefs erfolgen sollte, um über die Fortsetzung zu sprechen.

Außenminister *Couve de Murville* deutete durch eine Kopfbewegung an, daß ein solches Treffen sowohl auf Ebene der Außenminister als auch auf Ebene der Staats- und Regierungschefs stattfinden könne.

Der Herr *Minister* fuhr fort, um die Phantasie der Menschen und Organisationen, auch der Parlamentarier anzuregen, brauche man einen Rahmen. Für die Entwicklung sei ja die Resonanz im Volk sehr wesentlich, und diese ließe sich

<sup>28</sup> Zum Vergleich des italienischen Vorschlags vom 26. November 1964 zur europäischen politischen Einigung mit der Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. Dok. 368.

<sup>29</sup> Zur Regelung der Getreidepreisfrage vgl. zuletzt Dok. 358.

<sup>30</sup> Zu den Forderungen der Bundesrepublik nach Gegenleistungen für ihre Zustimmung zur Harmonisierung des Getreidepreises vgl. Dok. 347, besonders Anm. 12.

Zu den ausstehenden Entscheidungen im Bereich des EWG-Agrarmarkts vgl. Dok. 318, Anm 14. Vgl. auch Dok. 375, Anm. 24 und 25.

leichter erreichen, wenn man irgendwelche Einrichtungen habe, selbst wenn diese nur vorläufiger Natur seien. Ein solcher Rahmen gebe für die Phantasie ein sehr viel konkreteres Objekt ab. Eine Schwierigkeit bei der weiteren Verfolgung der europäischen Einigungspläne liege darin, daß seiner Auffassung nach Frankreich seine Haltung verändert habe.<sup>31</sup> Zur Zeit des Fouchet-Planes<sup>32</sup> sei Frankreich noch bereit gewesen, einem institutionellen Rahmen zuzustimmen. Heute scheine die französische Haltung eher dahin zu gehen, daß man nicht mit der Erstellung gewisser Institutionen beginnen, sondern zuerst in gewissen politischen Fragen zu einer Verständigung kommen sollte. Er selbst würde es begrüßen, wenn man cum grano salis dort wieder anknüpfen würde, wo man am 17. April 1962<sup>33</sup> aufgehört habe. Deutscherseits wäre man daher dafür, wenn vor der Einrichtung regelmäßiger Tagungen eine Verständigung über ein Minimum an Prozedur erzielt würde. Dies sei auch der Inhalt des deutschen Vorschlages. Seines Erachtens sei ein Treffen erforderlich, das sich mit der Frage befasse, in welcher Form der Zusammenarbeit gewisse politische Probleme angegangen werden könnten.

Außenminister *Couve de Murville* erklärte, man könne nicht sagen, daß Frankreich seine Haltung geändert habe. Würde heute der Vorschlag gemacht, sich auf den Fouchet-Plan zu einigen, so würde Frankreich das annehmen. Die französische Auffassung habe sich lediglich insofern etwas weiterentwickelt, als die Erfahrung gezeigt habe, wie schwierig es sei, zu Abkommen zu gelangen. Fange man einmal an, über Texte zu diskutieren, so ergäben sich eine Menge realer oder irrealer Probleme. Dasselbe gelte, falls man nun den deutschen Vorschlag im einzelnen durchdiskutieren würde. Daraus entsprangen sicherlich monatelange Diskussionen, ob es denn nun gut sei oder nicht, auf politischem Gebiet eine Kommission ähnlich der Brüsseler Kommission ins Auge zu fassen. Solche Diskussionen hätten etwas Esoterisches an sich und wenig mit der Wirklichkeit zu tun. Darum sei er persönlich zu dem Schluß gelangt, das Praktischste und Einfachste wäre vielleicht, eine Tagung anzusetzen, ohne daß es dazu der Ausarbeitung des Wortlauts einer Erklärung bedürfe. Außenminister *Couve de Murville* fügte hinzu, der psychologische Aspekt eines bestimmten Rahmens entgehe ihm keineswegs. Ihm scheine jedoch, so wie unglücklicherweise die europäischen Dinge heute stünden, daß die einfache Tatsache eines Treffens der Außenminister oder Regierungschefs schon an sich ein außergewöhnliches Phänomen wäre, welches einen bedeutsamen Wandel versinnbildlichen würde.

Der Herr *Minister* erklärte, er sei nicht so optimistisch wie *Couve de Murville* zu glauben, daß ein einfaches Außenministertreffen zur Erörterung politischer Fragen die öffentliche Meinung sehr weit beeindrucken würde, da die Öffentlichkeit dieselben Außenminister alle paar Wochen zusammen sehe. Anders wäre es vielleicht mit einem Treffen der Staats- und Regierungschefs. Er

<sup>31</sup> Zur französischen Haltung gegenüber einer europäischen politischen Zusammenarbeit vgl. zuletzt Dok. 344.

<sup>32</sup> Zu den Erörterungen im Fouchet-Ausschuß 1961/62 vgl. Dok. 193, Anm. 3.

<sup>33</sup> Die Forderung der Niederlande nach einer sofortigen Beteiligung Großbritanniens trug auf der Außenministerkonferenz der EWG am 17. April 1962 mit zum Scheitern der Verhandlungen über eine europäische politische Union bei. Vgl. dazu Dok. 7, Anm. 10.

erblieke aber in der Erklärung von Herrn Couve de Murville, daß er dem Fouchet-Plan zustimmen könne, andererseits nur ein Treffen wolle, einen gewissen Widerspruch. Auch die Bundesrepublik wäre sofort bereit, den Fouchet-Plan anzunehmen. Die Schwierigkeiten hätten ja bei den anderen Ländern gelegen. Deswegen habe die Bundesregierung in ihrem jetzigen Vorschlag versucht, den damaligen Weg fortzusetzen mittels eines in etwa verringerten Fouchet-Planes. Er halte eine Einigung über diese Vorschläge für möglich. Couve de Murville habe von monatelangen Diskussionen über die Frage einer Kommission oder eines Beratenden Ausschusses oder eines Sekretariats gesprochen. Er wolle sofort sagen, daß für die Bundesrepublik diese Frage keine *Conditio sine qua non* sei. Sie sähe zwar gerne einen Beratenden Ausschuß oder etwas Derartiges, weil davon eine gewisse Faszination auf die Öffentlichkeit ausgehe. Er wolle aber ganz klar sagen, daß die Bundesregierung bereit wäre, mit einem minimalen Rahmen zu beginnen.<sup>34</sup> Er halte es für der Mühe wert zu überlegen, wie dies geschehen könne, ohne daß dazu monatelange Diskussionen erforderlich seien. Er stelle sich die Sache so vor, daß man möglichst schnell hierüber zu einer Einigung gelangen sollte, wobei die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung ins Auge gefaßt werden sollte. Dann könnten die Staats- und Regierungschefs zusammentreten, um sich über diese Frage schon zu einigen, welche dann eine Basis für die Fortsetzung bilde. Ein Treffen nur über die Substanz zu arrangieren, wäre schwierig, weil möglicherweise hier keine große Einigung erreicht werden könnte. Das aber wäre schlecht.

Außenminister *Couve de Murville* erwiderte, er sage zu diesem Gedanken keineswegs nein. Er habe nur sagen wollen, welcher Regelung er aus praktischen Erwägungen den Vorzug geben würde. Er sei jedoch gerne bereit, über den deutschen Entwurf zu sprechen. Dies werde im übrigen sicherlich im Januar weiter besprochen werden zwischen den beiden Regierungen<sup>35</sup>, so daß im Anschluß daran die Frage mit den übrigen Partnern aufgeworfen werden könnte. Er sei keineswegs doktrinär negativ, sondern überlege sich nur die beste Art und Weise, einen Schritt nach vorne zu tun, ohne die Schwierigkeiten am Anfang zu groß zu gestalten. Alle Länder seien natürlich nach den schlechten Erfahrungen der Vergangenheit recht vorsichtig geworden. Er wolle sofort betonen, daß die Schwierigkeiten in der Vergangenheit keineswegs mit Deutschland gewesen seien.

Der Herr *Minister* bemerkte, sicherlich dürfe man die Erfahrungen nicht in den Wind schlagen, müsse vielmehr aus ihnen lernen. Trotzdem halte er es nicht für ausgeschlossen, daß man sich über einen gewissen institutionellen Rahmen einigen könne. Deswegen sollte man dies bald tun, um die Grundlage

<sup>34</sup> Referat I A 1 resümierte am 4. Dezember 1964 die bis dahin vorliegenden Stellungnahmen französischer Beamter zu dem deutschen Vorschlag eines Beratenden Ausschusses: „Die Reaktion ist nicht absolut negativ; man befürchtet jedoch, daß die Einfügung eines Organs aus unabhängigen Persönlichkeiten der angestrebten Zusammenarbeit einen zu starken gemeinschaftlichen Charakter gibt. Außerdem würde es vorgezogen, wenn auf eine Ernennung der Mitglieder dieses Ausschusses in gegenseitigem Einvernehmen verzichtet werden könnte.“ Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8439; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch Dok. 344.

<sup>35</sup> Vgl. dazu die Gespäche des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 19./20. Januar 1965 in Rambouillet; AAPD 1965.

für eine Fortsetzung der politischen Diskussion zu schaffen. Schon die Ge-wohnheit sei hier sehr viel wert. Darüber aber werde im Januar sicherlich noch weiter zu sprechen sein.

Der Herr Minister kam dann auf die zur Zeit in der EWG anstehenden Fragen zu sprechen und betonte, die Bundesregierung wolle nicht, daß das Landwirtschaftsproblem ausschließlich behandelt werde, vielmehr sollte parallel auch versucht werden, die anderen Probleme voranzubringen. Dies gelte insbesondere für die Vorbereitung der Kennedy-Runde in den übrigen Sektoren und die Arbeiten an der Beseitigung der Steuergrenzen.<sup>36</sup>

Außenminister *Couve de Murville* sagte, er glaube nicht, daß in diesen Fragen irgendwelche Schwierigkeiten bestünden. Im November habe die französische Delegation großen Wert darauf gelegt, die Einigung über die Ausnahmelisten nicht von den Landwirtschaftsfragen abhängig zu machen.<sup>37</sup> Er persönlich habe darauf bestanden, daß in jener Verhandlung die Landwirtschaft nicht angesprochen werde, um zu zeigen, daß Frankreich zur bedingungslosen Diskussion bereit sei. Im Januar oder Februar werde man nun in Genf in die tatsächliche Verhandlung eintreten. Selbstverständlich würden diese Verhandlungen lang und schwierig, denn auf dem Handelssektor hänge immer alles zusammen. Er wolle jedoch die Versicherung abgeben, daß Frankreich keinerlei Schwierigkeiten machen wolle und sich freuen würde, wenn auf dem industriellen Gebiet eine zufriedenstellende, vernünftige und mit Gegenleistungen versehene Einigung erzielt würde, die eine echte Handelsliberalisierung ermögliche und insbesondere gestatte, den Zollschutz des Gemeinsamen Marktes zu verringern. Frankreich gehe mit positiver Haltung in diese Verhandlungen.

Außenminister *Couve de Murville* fuhr fort, bei den Steuerfragen handle es sich um ein technisch sehr vielschichtiges Problem. Frankreich sei aber zur Diskussion bereit. Im wesentlichen handle es sich darum, daß die einzelnen Länder ihr Steuerregime anpaßten. Dabei liege die Schwierigkeit nicht bei Frankreich, sondern bei den übrigen, da man sich wohl einig sei, das französische System für die Umsatzsteuer allgemein zu akzeptieren. Er wisse, daß auch die Bundesregierung dazu bereit sei. Die Schwierigkeiten lägen hauptsächlich daher bei den Beneluxländern und Italien. Die französische Regierung wisse, daß ein industrieller gemeinsamer Markt nur dann möglich sei, wenn die Steuern harmonisiert seien.<sup>38</sup>

Der Herr Minister wiederholte, daß die Probleme nicht isoliert voneinander behandelt werden, sondern möglichst auch zeitlich parallel erledigt werden sollten. Die Tatsache, daß dieses Jahr weniger über die anderen Fragen gesprochen worden sei, bedeute nicht, daß die Bundesregierung ihre Haltung geändert habe.

Außenminister *Couve de Murville* stimmte dem zu.

<sup>36</sup> Zu den Überlegungen der Bundesrepublik über die Fortführung der Arbeiten in der EWG vgl. Dok. 358.

<sup>37</sup> Zur Verabschiedung der gemeinsamen Ausnahmeliste der EWG für die Kennedy-Runde am 15. November 1964 vgl. Dok. 335, besonders Anm. 14.

<sup>38</sup> Zur Harmonisierung der Steuern in der EWG vgl. auch Dok. 358.

Der Herr *Minister* warf dann die Frage der nuklearen Politik und Strategie auf und betonte, nur ein ganz offenes Gespräch könne in diesen Fragen weiterbringen. Er erinnerte zunächst daran, während der Vorbereitung des deutsch-französischen Vertrages vor zwei Jahren habe die Bundesregierung immer klargemacht und offiziell erklärt, daß sie für das Projekt einer MLF sei. Auch der Herr Bundeskanzler habe dies im Januar 1963 in Paris wiederholt.<sup>39</sup> Die französische Reaktion habe immer darin bestanden, daß Frankreich verstehe, wenn Deutschland aufgrund seiner besonderen Lage und seines Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten diesen Weg wähle. Frankreich dagegen wähle einen anderen Weg, doch könne es keine Störung darin entdecken, wenn Deutschland die andere Lösung verfolge. Noch im Februar dieses Jahres habe General de Gaulle erklärt, er wünsche der Bundesregierung bei diesem Unterfangen Glück.<sup>40</sup> Seit einiger Zeit nun habe Frankreich offensichtlich eine andere Haltung eingenommen.<sup>41</sup>

(Außenminister *Couve de Murville* warf an dieser Stelle ein, das sei etwa drei bis vier Monate her.)

Der Herr *Minister* fuhr fort, die Bundesregierung sei über diese Meinungsänderung in Frankreich nicht gerade glücklich, da vorher ja schon eine Aussprache über die damit zusammenhängenden Fragen mit Frankreich stattgefunden habe und keinerlei Schwierigkeiten vorhanden gewesen seien. Er selbst habe sich immer eine zukünftige Entwicklung vorgestellt, in der möglicherweise eines Tages die MLF und das französische Projekt kombiniert werden könnten.<sup>42</sup> Voraussagen auf die Zukunft seien natürlich immer schwer zu machen. Deswegen habe er jederzeit die Auffassung vertreten, daß die MLF zu Stande komme, Deutschland darin eine Rolle spiele und Frankreich jederzeit an diesem Projekt sich beteiligen könne. Er könne nicht ganz den Grund einsehen, warum Frankreich seine Haltung vor drei oder vier Monaten geändert habe. Selbst wenn er die Gründe dafür verstünde, würde dies nichts an der Tatsache ändern, daß Deutschland einen anderen Weg gewählt habe in der Hoffnung, daß eines Tages eine Kombination möglich werde. Zum klareren Verständnis wolle er die deutsche Haltung noch einmal umreißen. Angesichts eines Potentials, das von Wladiwostok bis Weimar reiche, genüge nicht eine Konzeption, die nur in Kategorien Berlin/Bonn und Straßburg/Paris denke, vielmehr müsse man dieser Bedrohung mit einem System begegnen, was von Berlin bis San Franzisko reiche. Ausgangspunkt sei immer, daß niemand beabsichtige, einen nuklearen Krieg zu führen, sondern ihn vielmehr abschrecken. Diese Abschreckung aber müsse überzeugend sein. Das bedeute für Deutschland, das diesen Tatbestand vielleicht deutlicher spüre als Frankreich, daß es die größte Macht der Welt an der vordersten Konfliktstelle engagieren müsse. Dies bedeute in anderen Worten, amerikanische Präsenz in Berlin und Präsenz der stärksten amerikanischen Armee an der Demarkationsli-

<sup>39</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 22. Januar 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 43.

<sup>40</sup> Zur deutsch-französischen Regierungsbesprechung am 15. Februar 1964 in Paris vgl. Dok. 50.

<sup>41</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 364.

<sup>42</sup> Zu den Überlegungen der Bundesrepublik betreffend eine Anbindung der Force de frappe an die MLF vgl. 337, Anm. 2.

nie. Dies wiederum bedeute amerikanische Präsenz in Europa, das heißt größter Abschreckungsfaktor, das heißt größte Wahrscheinlichkeit der Verhinderung eines Krieges. Um überzeugend zu sein, müsse eine solche Abschreckung auch nuklear integriert sein und nicht erst im klassischen Allianzverfahren im Konfliktfalle eingesetzt werden. Nur wenn eine solche Verteidigung automatisch sei, könne sie wirklich überzeugen. Auf diese Frage aber sei die MLF die beste Antwort, da sie eine multilaterale Institution sei, die in ihrem Bestand integriert ist und möglichst nahe an der nuklearen Entscheidung stehe.<sup>43</sup> Darüber hinaus stünden im Westen Rußlands einige Hunderte sowjetische Mittelstreckenraketen, weshalb auch die NATO-Befehlshaber stets auf Land stationierte Raketen als Gegengewicht dazu gefordert hätten.<sup>44</sup> Die 200 Mittelstreckenraketen der MLF seien eine adäquate Antwort darauf. Hundertprozentig könne sie nur wirksam werden, wenn sie in Kombination zum strategischen Potential der Vereinigten Staaten stehe. Dies sei immer die deutsche Haltung gewesen, die von der deutschen Interessenlage her gesehen auch logisch sei. Er bedaure es, wenn die französische Haltung heute anders sei als vor zwei Jahren. Ganz offen müsse er fragen, ob es angesichts dieser Interessenlage und dieser Aufgabe irgendwelche Alternativen gebe, und wenn ja, welche. Es habe zwar viele Erklärungen in der Kammer und in Reden gegeben, aber der französische Weg sei ja immer schon klar gewesen.

Außenminister *Couve de Murville* erwiderte, um die französischen Auffassungen darlegen zu können, müsse man zunächst zwischen militärischen und politischen Gesichtspunkten unterscheiden. Militärisch habe der Herr Minister mit Recht gesagt, was Frankreich schon immer erklärt habe, daß das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt zwischen West und Ost, das heißt mit anderen Worten der Friede, durch das Vorhandensein der nuklearen Streitkräfte Amerikas und Rußlands gesichert sei. Anders als vor 15 Jahren halte heute niemand mehr einen Weltkrieg für möglich, weil der durch dieses Kräftegleichgewicht verhindert werde. Außerdem wisse jeder, daß im Falle eines großen Krieges wahrscheinlich die ganze Welt zerstört würde. Die Abschreckung sei zum ersten Mal in Funktion getreten im Oktober 1962 in Kuba<sup>45</sup>, da Russen und Amerikaner gleichermaßen überzeugt gewesen seien, falls es in Kuba zum Schlimmsten käme, würde ein Krieg, d.h. ein Atomkrieg ausgelöst. Sowohl Russen als auch Amerikaner seien über diese Entdeckung erschreckt gewesen. In dieser Frage bestehe also keine Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschland und Frankreich. Beide Länder seien der Auffassung, daß das atlantische Bündnis, mit anderen Worten die nukleare Macht der Vereinigten Staaten, die Sicherheit des Westens garantiere. Das aber sei auch der Grund, warum das atlantische Bündnis nicht mehr viel Sinn hätte, falls nicht mit Sicherheit diese amerikanische Nuklearmacht eingesetzt würde. Aus diesem Grunde versuche Frankreich in der NATO den Gedanken des automatischen Gegenschlages aufrechtzuerhalten, während Amerika diese Auffassung än-

<sup>43</sup> Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. zuletzt Dok. 339.

<sup>44</sup> Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

<sup>45</sup> Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 17, Anm. 2.

dern und sich nicht von vornherein auf den sofortigen Einsatz nuklearer Waffen einlassen wolle, diesen Einsatz vielmehr für den Zeitpunkt aufzusparen versuche, wo es um die eigene Verteidigung Amerikas gehe.<sup>46</sup> Stelle man nun die MLF als eine Stärkung der Verteidigung des Westens dar, so könne dies eigentlich nur aus dem Zweifel heraus entstehen, ob der Westen tatsächlich von Amerika verteidigt würde. Persönlich halte er diesen Zweifel nicht für richtig. Er meine, daß die amerikanische Atommacht groß genug sei, auch ohne die zusätzlichen 200 Polaris-Raketen, und daß die für diese Raketen vorgesehenen Ziele auch abgedeckt wären durch die in Amerika stationierten Waffen, selbst wenn General Lemnitzer nicht darüber zu verfügen habe. Sei das Interesse an der MLF aber nicht militärisch bzw. entspreche sie nicht einer rein militärischen Notwendigkeit, dann seien ihre Ziele politisch. Der Herr Minister habe diese Ziele wie folgt analysiert: Das Bestehen der MLF unter Beteiligung europäischer Länder und der Vereinigten Staaten bedeute eine stärkere Bindung Amerikas an die Verteidigung Europas, d.h. zusätzliche Garantien. Dies zeige aber schon, daß Deutschland gewisse Zweifel an den amerikanischen Verpflichtungen hege. Er (Couve de Murville) halte diese Zweifel im übrigen nicht für gerechtfertigt. Die MLF bedeute weiter nach deutscher Auffassung, daß die Europäer an dem Einsatzbefehl für Atomwaffen mitwirken könnten. Zu diesem Punkt sei er nicht überzeugt, daß die MLF die Lage verändern würde, da sie ja immer von der Zustimmung der Amerikaner abhängig sei. Dies sei natürlich, denn Amerika liefere die Sprengköpfe, und es sei unvorstellbar, daß es anderen Ländern das Einsatzrecht über diese Sprengköpfe einräumen würde. Ein Einsatz der MLF könne somit nicht ohne amerikanische Zustimmung herbeigeführt werden. Darüber hinaus verbliessen immer noch 99 v.H. der westlichen Nuklearmacht in nationaler amerikanischer Hand. Es sei nicht vorstellbar, daß die MLF mit amerikanischer Zustimmung eingesetzt werde, wenn nicht gleichzeitig Amerika beschließe, auch seine nationalen Atomwaffen einzusetzen. Vorstellbar hingegen sei, daß Amerika seine nationalen Atomwaffen einsetze, ohne von der MLF Gebrauch zu machen, d.h. ohne die Europäer zu fragen. Die MLF verändere insoweit die Lage nicht. Frankreich protestiere auch nicht gegen diesen Tatbestand, da kaum eine andere Möglichkeit sichtbar sei. Ein Atomkrieg, ob mit oder ohne MLF, könne nur von Amerika beschlossen werden. Der Herr Minister habe nun gesagt, die Bindung Amerikas an Europa müsse gestärkt werden. Er wisse nicht, ob dies notwendig sei oder ob diese Einstellung nicht eher ein gewisses Mißtrauen gegen Amerika zum Inhalt habe. Tatsächlich binde man Amerika nicht mehr als bisher, da die Entscheidungsbefugnis letzten Endes immer noch bei den Amerikanern verbleibe. Andererseits aber würden die Europäer stärker abhängig von den Vereinigten Staaten, weil sie durch eine Beteiligung an der MLF ja keineswegs eine autonome Beschlußgewalt noch auch die dazu erforderlichen Waffen hätten. Er könne daher in der MLF keinen Vorteil sehen. Der Herr Minister habe gesagt, die MLF entwickle die Integration im Bündnis. Frankreich habe von den Vor- und Nachteilen der Integration aller-

<sup>46</sup> Zur französischen Kritik an der Umstellung des strategischen Konzepts der NATO von der „massive retaliation“ zur „flexible response“ vgl. Dok. 319.

dings eine andere Auffassung. Als ihm George Ball vor einigen Tagen<sup>47</sup> gesagt habe, vor den Franzosen dürfe man das Wort Integration gar nicht mehr in den Mund nehmen, habe er erwidert, man könne Integration so oder so sehen. Amerika habe integriert, die Europäer seien integriert.

Couve de Murville fügte hinzu, andere politische Erwägungen müßten ebenfalls in Betracht gezogen werden, so zum Beispiel die Frage, warum denn Amerika so an der MLF hänge. Diese Tatsache habe die französische Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, als aus unerklärlichen Gründen im Sommer plötzlich festzustellen gewesen sei, daß die MLF ganz unvermittelt zu der einen großen Frage im Westen geworden sei, d. h. das oberste Ziel der amerikanischen Außenpolitik. Dies sei plötzlich gekommen, ohne daß die Amerikaner diese Tatsache den Franzosen jemals erklärt hätten. Die Franzosen seien angewiesen auf ihre Analyse dessen, was die Amerikaner zwar nicht Frankreich, doch aber den anderen Verbündeten über ihre Ziele gesagt hätten. Diese Ziele bestünden darin, vermittels der Integration die Länder Europas hinsichtlich der Verteidigung noch mehr in die Hand zu bekommen und letzten Endes jene, die sich daran nicht beteiligen, d. h. Frankreich, zu isolieren und es damit früher oder später dazu zu bewegen, auf seine eigene Atomwaffe zu verzichten. Damit wäre das gewährleistet, was die Amerikaner die Unteilbarkeit der Verteidigung nennen, d. h. das amerikanische Monopol zum Einsatz von Atomwaffen. Das sei aber schlecht, schlecht für Frankreich, das unmittelbar anvisiert sei, schlecht aber auch für den allgemeinen europäischen Gesichtspunkt. Die französische Auffassung von Europa sei, daß dieses Westeuropa sich einigen und entwickeln müsse, im Gemeinsamen Markt, in der gemeinsamen Politik sodann und in der Zusammenarbeit auf dem Verteidigungssektor, sofern hier nicht eine absolut gemeinsame Politik zu erreichen sei. Das bedeute keineswegs, daß die amerikanischen Waffen etwa ihre Bedeutung für die Verteidigung Europas verlören. Europa aber müsse seine Persönlichkeit, sein Gesicht, seine Unabhängigkeit haben bei und in aller Freundschaft mit den Vereinigten Staaten. Das In-die-Hand-bekommen der europäischen Länder, Deutschland, Italien, möglichst auch England, erscheine Frankreich als unmittelbar gegen diese Gestaltung Europas gerichtet.<sup>48</sup> Aus zwei Gründen, die erst in den letzten Monaten ersichtlich geworden seien, denn davor habe man recht wenig überzeugt von der MLF gesprochen, habe Frankreich seine Haltung geändert und sei zu dem Schluß gelangt, falls die MLF zustande käme, entstehe eine große Gefahr. Der Herr Minister habe die Frage gestellt, was für eine Alternative Frankreich für die MLF zu bieten hätte. Diese Frage könne er erst beantworten, wenn er die Ziele kenne, die angestrebt würden. Was solle mit der MLF erreicht werden? Die Frage des Herrn Ministers sei so lange nicht zu beantworten, als man nicht wisse, was man denn mit der MLF wolle. Er wisse, daß Deutschland eine gewisse Auffassung habe. Amerika habe eine andere Auffassung darüber und Englands Ziele lägen wieder anders. Die Ziele der einzelnen seien keineswegs die gleichen.<sup>49</sup>

<sup>47</sup> Zum Gespräch vom 2. Dezember 1964 vgl. Dok. 374, Anm. 1.

<sup>48</sup> Zum französischen Argument, die MLF sei unvereinbar mit der europäischen politischen Zusammenarbeit, vgl. zuletzt Dok. 359.

<sup>49</sup> Am 11. Dezember 1964 berichtete Botschafter Klaiber, Paris, der französische Informationsmini-

Angesichts des Zeitmangels bemerkte der Herr *Minister*, diese Diskussion müsse unbedingt fortgesetzt werden. Er wolle nur erklären, daß nach deutscher Überzeugung das atlantische Bündnis doppelt integriert sein müsse, nämlich konventionell sowohl wie nuklear. Der beste Weg, zu einer gewissen Integration im atlantischen Bündnis zu kommen, sei der multilaterale Besitz an einer sehr bedeutenden nuklearen Kapazität. Im übrigen betone er, daß Deutschland keinerlei Hintergedanken habe hinsichtlich der Ungewißheit des amerikanischen Engagements. Das deutsche Engagement im Bündnis sei total und Deutschland sei für die Integration, weil man auf deutscher Seite von dieser Notwendigkeit mehr überzeugt sei als irgendein anderes Land. Die amerikanische strategische Konzeption der „flexible response“ halte die Bundesregierung für richtig<sup>50</sup>, weil die Abschreckung insgesamt nur dann für einen möglichen Aggressor überzeugend sei, wenn auf alle Formen einer Aggression eine passende Antwort vorhanden sei. Im Grunde sei das amerikanische Angebot großzügig. Eine so bedeutende nukleare Kapazität, die größer sei als alles, was irgendein europäisches Land bis 1971 überhaupt aufstellen könnte, in multilateralen Besitz zu überführen, sei nach deutscher Auffassung äußerst wichtig. Couve de Murville habe erklärt, die Motive der einzelnen seien nicht dieselben. Natürlich gebe es Fälle, wo man dasselbe anstrebe, was jeder aus anderen Gründen für eine gute Lösung halte. Deutschland sehe darin jedoch die beste Befriedigung für die Notwendigkeiten Deutschlands als einer Nicht-Nuklearmacht. Ganz offensichtlich gelte dies auch für andere, so zum Beispiel Italien.<sup>51</sup> Deutschland sei auch nicht der Auffassung, daß dieser Versuch einiger europäischer Länder, Amerika stärker an sich selbst zu binden, gegen Europa gerichtet sei. Vielmehr halte die Bundesregierung diesen Gedanken [für] absolut vereinbar mit einem unabhängigen Europa. Offensichtlich seien die französische und die deutsche Auffassung eines unabhängigen Europa nicht ganz dieselben, und darüber müsse man noch weiter sprechen. Nach deutscher Auffassung könne ein solches Europa innerhalb des atlantischen Bündnisses sehr wohl eine unabhängige Rolle spielen. Wunsch Deutschlands sei es, das Bündnis stärker zu verklammern, nicht etwa zu spalten. Alles, woran Deutschland gedacht habe, sei immer in der Perspektive gesehen worden, daß es eines Tages eine Kombination mit dem unabhängigen Weg ermöglichen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1477*

ster Peyrefitte habe zu der Frage, „warum Außenminister Couve de Murville bei dem Treffen mit Bundesaußenminister [Schröder] keine konkreten Vorschläge zu einer europäischen Verteidigungsorganisation gemacht habe“, vertraulich gesagt: „1) General de Gaulle sei überzeugt, daß die Verwirklichung des ursprünglichen MLF-Projektes immer unwahrscheinlicher werde. Die den Briten zu machenden Zugeständnisse würden das Projekt voraussichtlich so verwässern, daß es für die Bundesrepublik beträchtlich an Anziehungskraft verlieren werde. 2) Der General rechne mit einem baldigen Besuch Wilsons, außerdem sei ein Besuch Johnsons in Paris – vielleicht noch vor Ende Januar – nicht ausgeschlossen. Offenbar sei dem amerikanischen Präsidenten an einer Verbesserung des Klimas der französisch-amerikanischen Beziehungen gelegen ... 3) Der General habe sich vorbehalten, zu gegebener Zeit seine Vorschläge persönlich bekanntzugeben. Ob das auf den ursprünglich für den 15. Januar vorgesehenen Pressekonferenz geschehe, vermöge er, Peyrefitte, nicht zu sagen. Jedenfalls habe der General die Tendenz, diese Pressekonferenz möglichst auf einen Termin nach seiner Aussprache mit Johnson zu verschieben.“ Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1365; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>50</sup> Vgl. dazu Dok. 290.

<sup>51</sup> Zur italienischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 375.

sollte, den Frankreich eingeschlagen habe. Frankreich sei frei in seiner Entscheidung. Auch die Bundesrepublik sei in ihrer Entscheidung frei. All diese Beschlüsse aber veränderten in keiner Weise das gemeinsame Ziel der beiden Länder, ein starkes und unabhängiges Europa zu haben. In diesen Zusammenhang gehörten auch andere Fragen, so zum Beispiel, ob eine europäische Verteidigung ohne ein integriertes Europa möglich sei oder die Frage, ob eine Verteidigung Europas ohne amerikanische Präsenz in Europa denkbar sei oder welche Beziehung eine getrennte europäische Verteidigungsorganisation mit der Gesamtheit der NATO haben sollte. All diese Fragen stünden zur Debatte. Er habe heute nur mit dem französischen Außenminister aufrichtig sprechen wollen, da Deutschland von Anfang an eine klare Haltung eingenommen habe und nicht wünsche, daß irgendwelche Mißverständnisse entstünden. Er schlage vor, dieses Gespräch sobald wie möglich fortzusetzen, am besten wohl im Januar.<sup>52</sup>

Außenminister *Couve de Murville* betonte ebenfalls die Notwendigkeit der Fortsetzung dieses Gesprächs.

Der Herr *Minister* bemerkte, ihm liege es am Herzen, klarzumachen, daß hier ein Fall gegeben sei, wo die beiden Staaten zwar verschiedene Wege verfolgten, sich aber vorher darüber ausgesprochen hätten.

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte, die MLF habe eine Wendung genommen, die anders sei, als es am Anfang ausgesehen habe. Diese Wendung sei im übrigen nicht auf die Bundesregierung zurückzuführen.

Der Herr *Minister* betonte, Deutschland habe seine Haltung in keiner Weise geändert. Er wolle mit allem Nachdruck unterstreichen, daß Deutschland ein starkes Europa ebenso am Herzen liege wie Frankreich.

Außenminister *Couve de Murville* sagte, die Differenzen lägen nur in der Wahl des Weges zu einem solchen Europa.

Der Herr *Minister* sagte abschließend, Deutschland habe keinerlei Interesse, der Satellit von irgend jemand zu sein. Im übrigen sei es tröstlich, daß man sich solche Diskussionen erlauben könne. Dies sei nur in Friedenszeiten möglich.

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte dazu, alle Länder der Welt hätten in Friedenszeiten ihre Politik aufgrund der Tatsache betrieben, daß der Friede durch das Kräftegleichgewicht gesichert sei. Auch die Entwicklung Amerikas im 19. Jahrhundert habe nur stattfinden können unter dem Schutz der britischen Flotte.

Der Herr *Minister* sagte dazu, die Verhältnisse des 19. Jahrhunderts und heute seien vielleicht nicht absolut vergleichbar.

Das Gespräch endete um 18.10 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

<sup>52</sup> Zum Gespräch vom 19. Januar 1965 vgl. AAPD 1965.

378

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker

Dg I B/I B 4-82.00/92.19-3681/64 VS-vertraulich

9. Dezember 1964

Betr.: Unsere Beziehungen zu Israel und den Arabern<sup>1</sup>  
 hier: Vorsprache des Botschafters von Marokko

Der marokkanische Botschafter, Herr Abdeljalil, suchte mich heute auf, um im Auftrage seiner Regierung zu erfahren, welche Vorstellungen wir nunmehr hinsichtlich der Gestaltung unserer Beziehungen zu den arabischen Staaten und zu Israel<sup>2</sup> hätten. Diese Frage beschäftigte seine Regierung sehr. Die in die Öffentlichkeit gedrungenen Meldungen seien widersprechend und geeignet, Unruhe auszulösen.<sup>3</sup> Die marokkanische Regierung wünsche die engsten und freundschaftlichsten Beziehungen zu Deutschland, dessen Anliegen sie immer ohne jeden Hintergedanken und mit großem Nachdruck unterstützt hätte. Eben deshalb beobachte sie mit Sorge, daß evtl. Ereignisse eintreten könnten, die diese guten Beziehungen schwer stören<sup>4</sup> müßten.

In Erwiderung machte ich dem Botschafter längere Ausführungen über unsere Einstellung sowohl gegenüber Israel wie gegenüber den arabischen Staaten. Meine Ausführungen bewegten sich in dem üblichen Rahmen. An neueren Gesichtspunkten fügte ich nur hinzu: Das Auswärtige Amt und weiteste deutsche Kreise seien mit der militärischen Zusammenarbeit mit Israel keineswegs einverstanden und strebten ihre baldige Beendigung an<sup>5</sup>; die Bundesregierung sei starkem innerem und äußerem Druck in Richtung auf irgendeine Normalisierung der Beziehungen zu Israel<sup>6</sup> ausgesetzt, und man könne schon im Hinblick auf die kommenden Wahlen<sup>7</sup> keine feste Zusicherung machen, wie lange es dem Auswärtigen Amt noch möglich sein werde, seine bisherige Politik, diplomatische Beziehungen mit Israel vorerst nicht aufzunehmen, durchzusetzen.

Bemerkenswert an der Reaktion des Botschafters war, daß er  
 1) sich gegenüber der erwähnten Möglichkeit der Errichtung einer Handelsvertretung in Tel Aviv<sup>8</sup> rein rezeptiv verhielt, und

<sup>1</sup> Zur Nahost-Politik der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 352.

<sup>2</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Jansen eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „den Israelen“.

<sup>3</sup> Zu den Meldungen über Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel vgl. Dok. 306.

<sup>4</sup> Die Wörter „schwer stören“ wurden von Ministerialdirektor Jansen handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „zerstören“.

<sup>5</sup> Die Rüstungshilfe für Israel ging auf eine Initiative des Bundesministers Strauß zurück. Vgl. dazu bereits Dok. 54, Anm. 5.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 314 und Dok. 315.

<sup>7</sup> Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

<sup>8</sup> Zu den Überlegungen der Bundesrepublik, Handelsvertretungen mit Israel auszutauschen, vgl. Dok. 340.

2) den Gedanken des Bundestagspräsidenten, einer gesetzlichen Regelung, die die Ausfuhr allen Kriegsmaterials in Nicht-NATO-Länder verbietet<sup>9</sup>, schroff ablehnte. Ein solches Gesetz würde von arabischer Seite dahingehend ausgelegt, daß Deutschland zunächst Israel militärisch stärken wollte, um dann die so entstandene militärische Überlegenheit Israels durch ein Verbot der Waffenexport zu verewigen. Ich erwiderte dem Botschafter, daß dies weder unsere Absicht sei noch tatsächlich zuträfe, denn die Politik der Westmächte sei seit 15 Jahren darauf abgestellt, ein Rüstungsgleichgewicht zwischen Israel und den arabischen Staaten zu erhalten. Sobald die Waage nach der einen Seite sich neigte, versuchten sie, durch Lieferungen nach der anderen einen Ausgleich zu schaffen. Dies müßten sie schon im Interesse der Friedenserhaltung tun.

Der Botschafter wandte sich dann, offensichtlich im Auftrage seiner Regierung, gegen die Idee, daß wir unsere Israel-Probleme im Alleingang mit Nasser zu regeln versuchten. Viele Anzeichen schienen für eine derartige Absicht auf deutscher Seite zu sprechen. Wir riskierten hier aber, eine große Enttäuschung zu erleben, und zwar aus folgenden Gründen<sup>10</sup>:

a) Es sei zwar nicht ausgeschlossen, daß wir durch entsprechende erhebliche Gegenleistungen Nasser dazu bewegen könnten, einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen uns und Israel zuzustimmen. Nasser sei heute aber nicht mehr das umstrittene Idol der arabischen Welt, wie in den ersten Jahren nach den Suez-Kämpfen.<sup>11</sup> Sein Prestige sei durch seine sinnlose Jemen-Politik<sup>12</sup> und durch den Fehlschlag der Union mit Syrien<sup>13</sup> stark angeschlagen. Außerdem sei ihm in Feisal ein ernsthafter Rivale entstanden; auch in Syrien, Tunesien und Marokko habe er ernstzunehmende Gegner. Diese würden alle nur auf die Gelegenheit warten, Nasser des Verrats an den Palästina-Arabern zu bezichtigen. Dies könnte für Nasser tödlich sein. Das Opfer einer solchen Entwicklung aber wäre dann nicht nur Nasser, sondern auch Deutschland.

b) Die Möglichkeit sei nicht von der Hand zu weisen, daß Nasser uns im Zusammenspiel mit den Sowjets in eine Falle locken wolle. Er könnte sich den Anschein geben, eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel ohne entsprechende Gegenreaktion hinzunehmen und uns dadurch zu diesem Schritt zu verleiten. Hätten wir den Schritt erst einmal getan, würde er erklären, daß seine eigene öffentliche Meinung und die anderen arabischen Länder gebieterisch als Gegenmaßnahme die Aufnahme diplo-

<sup>9</sup> Zum Vorschlag des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier, Rüstungsexporte in Staaten außerhalb der NATO zu verbieten, vgl. Dok. 352.

<sup>10</sup> Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Jansen durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>11</sup> Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 70, Anm. 20.

<sup>12</sup> Zur Führungsrolle des Präsidenten Nasser vgl. auch Dok. 242.

<sup>13</sup> Zur militärischen Unterstützung der Arabischen Republik Jemen durch die VAR vgl. Dok. 32, Anm. 9.

<sup>14</sup> Am 17. April 1963 beschlossen Ägypten, Syrien und der Irak, einen gemeinsamen Bundesstaat „Vereinigte Arabische Republik“ zu gründen. Am 22. Juli 1963 erklärte Präsident Nasser, die in Syrien herrschende Baath-Partei habe ein faschistisches Regime errichtet und die geplante Dreier-Föderation verraten. Eine Vereinigung der arabischen Staaten sei unter diesen Umständen nicht möglich. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 175.

matischer Beziehungen zur SBZ forderten. Damit wäre dann die Hallstein-Doktrin<sup>14</sup> zu Fall gebracht und die Sowjets hätten erreicht, was sie in 10 Jahren zäher Bemühungen nicht hätten bekommen können.

Zum Abschluß bat der Botschafter eindringlich, wir möchten unsere Israel-Politik nicht nur mit dem einen oder anderen arabischen Staat, sondern mit allen arabischen Staaten in freundschaftlichem Geiste besprechen<sup>15</sup>, um zu verhindern, daß nicht wiedergutzumachender Schaden eintrate. Ich erwiderte, daß wir derartige Besprechungen ja auch bereits mit König Hussein geführt hätten<sup>16</sup> und durchaus bereit seien, sie auch mit anderen arabischen Persönlichkeiten zu führen.

Der Botschafter fügte hinzu, seiner Regierung sei an einer engen Fühlungnahme mit uns in dieser Frage, vor allem im Hinblick auf die vermutlich um die Jahreswende stattfindende Konferenz der Arabischen Liga, gelegen, auf der die deutschen Beziehungen zu Israel das Hauptthema darstellen werden.<sup>17</sup>

Hiermit über Herrn D I<sup>18</sup> dem Herrn Staatssekretär<sup>19</sup> vorgelegt.

Alexander Böker

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 104

<sup>14</sup> Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 46, Anm. 15.

<sup>15</sup> Der Passus „Zum Abschluß ... besprechen“ wurde von Ministerialdirektor Jansen durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>16</sup> König Hussein von Jordanien hielt sich vom 25. November bis 3. Dezember 1964 in der Bundesrepublik auf. Im Kommuniqué vom 27. November 1964 wurde ausgeführt, die Gespräche mit Bundespräsident Lübke und Bundeskanzler Erhard hätten „in dem Geiste traditioneller und aufrichtiger deutsch-arabischer Freundschaft“ stattgefunden: „Beide Seiten begegneten sich in dem Verständnis für die Lage des anderen sowie der Bereitschaft, sich im Interesse einer glücklichen Entwicklung beider Völker wie im Dienste des Weltfriedens gegenseitig zu unterstützen ... In diesem Zusammenhang wurde dem arabischen Problem und dem den arabischen Flüchtlingen sowie dem deutschen Problem gleiche Aufmerksamkeit geschenkt. Beide Seiten betonten erneut ihre Hoffnung, daß diese Probleme mit friedlichen Mitteln und auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Freiheit gelöst werden.“ Vgl. BULLETIN 1964, S. 1619.

<sup>17</sup> Vom 9. bis 12. Januar 1965 fand die Konferenz der Ministerpräsidenten der arabischen Staaten in Kairo statt. Im Schlußkommuniqué erklärten die Regierungschefs ihre Absicht „einheitlich gegen jede fremde Macht vorzugehen, die versuchen sollte, neue Beziehungen zu Israel zu schaffen und dessen aggressive Pläne zu stärken“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 32.

<sup>18</sup> Hat Ministerialdirektor Jansen am 15. Dezember 1964 vorgelegen.

<sup>19</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 16. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Schröder veranlaßte.

Hat Schröder am 20. Dezember 1964 vorgelegen.

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete

II 1-84.20/1612/64 VS-vertraulich

10. Dezember 1964<sup>1</sup>

Betr.: Sowjetischer Vorstoß zur Einrichtung ständiger Kontakte zwischen der Ostberliner Sowjetbotschaft und den drei verbündeten Missionen in Berlin

I. Die drei verbündeten Mitglieder der Bonner Vierergruppe brachten dem Vertreter des Auswärtigen Amts am 9. Dezember 1964 folgende Angelegenheit zur Kenntnis:

- 1) Ein Angehöriger der Ostberliner Sowjetbotschaft, Baronin, habe am 17. November 1964 den Leiter der britischen Mission in Berlin<sup>2</sup> zu einem Essen eingeladen. Dieser sei der Einladung gefolgt.
- 2) Am 24. November 1964 habe der Protokollbeamte der Ostberliner Sowjetbotschaft, Panin, gegenüber seinem amerikanischen Kollegen ausgeführt, daß die Sowjets an einer Ausdehnung informeller Viererkontakte in Berlin interessiert seien. Nach sowjetischer Vorstellung sollten an ihnen Baronin und Panin, auf westlicher Seite Beamte gleichen Ranges teilnehmen. Die Sowjets schlugen für eine erste Fühlungnahme folgendes Programm vor:

- Entweder Filmbesichtigungen bei der SOWEXPORT in West-Berlin mit anschließendem Gespräch oder
- Filmbesichtigungen bei der SOWEXPORT und Essen in einem West-Berliner Restaurant oder
- nur ein Essen in einem West-Berliner Restaurant – d.h. ohne vorherige Filmbesichtigung.

Diese Treffen sollten also nur in West-Berlin stattfinden.

3) Am 29. November 1964 hätten Panin und ein sowjetischer Presseattaché die vorstehenden Vorschläge gegenüber Angehörigen der französischen Mission wiederholt. Ergänzend hätten sie angeregt, daß an den Treffen auch die Leiter der Missionen in Berlin<sup>3</sup> teilnehmen sollten, damit neben kleineren Fragen auch wichtige Angelegenheiten behandelt werden könnten.

4) Am 1. Dezember 1964 habe Panin seinen amerikanischen Kollegen um baldige Stellungnahme zu diesen Vorschlägen gebeten.

II. Die Verbündeten teilten mit, daß die sowjetischen Vorschläge geprüft worden seien. Die Vermutung liege nahe, daß die Sowjets beabsichtigen, durch Beschränkung der vorgeschlagenen Treffen auf West-Berlin eine Viermächte-Verantwortung nur für West-Berlin vorzubereiten. Einer derartigen Entwick-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oncken und Legationsrat Wentker konzipiert.

<sup>2</sup> Peter T. Hayman.

<sup>3</sup> Die Leiter der amerikanischen und der französischen Missionen waren John A. Calhoun und Jean-Claude Winckler.

lung sei entgegenzuwirken. Auf der anderen Seite wollten die Verbündeten – bei aller Skepsis hinsichtlich der Erfolgsschancen – den sowjetischen Vorschlag zu dem Versuch ausnutzen, die Sowjets wieder stärker auf die Viermächte-Verantwortung für ganz Berlin zu verpflichten. Die alliierte Entscheidung für das weitere Vorgehen sei daher folgende:

- 1) Die Alliierten würden den Sowjets mitteilen, daß ein Termin im Januar 1965 der nächstmögliche Termin für ein eventuelles Treffen sei.
- 2) Die Treffen sollten geschäftsmäßigen, nicht einen gesellschaftlichen Rahmen haben.
- 3) Die zur Diskussion gestellten Themen sollten ganz Berlin – nicht nur West-Berlin – betreffen.
- 4) Die Treffen sollten so organisiert werden, daß in West-Berlin stets einer der drei westlichen Missionen als Gastgeber fungieren würde. Eine sowjetische Gastgeberschaft komme nur in Ostberlin in Betracht.
- 5) Die Alliierten erwarteten, daß das westalliierte Personal bei eventuellen Treffen in Ostberlin die Sektorengrenze ohne Schwierigkeiten passieren könne.

Die Alliierten baten um unser Einverständnis mit diesem Verfahren.

III. 1) Der Vertreter des Auswärtigen Amts stellte fest, daß die alliierte Behandlung dieser Angelegenheit unseren grundsätzlichen Vorstellungen entspreche. Die Frage würde im Auswärtigen Amt geprüft werden. Es müsse darauf geachtet werden, daß den Sowjets im Zuge der Vorbereitung der erwähnten Treffen keine Möglichkeit zu der irreführenden Behauptung gegeben werde, die Westmächte hätten sich mit einer Viermächte-Verantwortung einverstanden erklärt, die sich lediglich auf West-Berlin beziehe.<sup>4</sup>

2) Die Alliierten stimmten dieser Überlegung zu. Sie bestätigten, daß sie vorsichtig verfahren würden. Sie erwähnten freilich, daß der Berliner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ bereits Informationen über die Angelegenheit zu besitzen scheine.<sup>5</sup>

Hiermit dem Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Zustimmung zu den alliierten Vorschlägen unter Ziffer II vorgelegt.<sup>6</sup> Es wird angeregt, das Bundes-

<sup>4</sup> Der Passus „die Westmächte hätten ... auf West-Berlin beziehe“ wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „r[ichtig]“.

<sup>5</sup> Mit Drahterlaß vom 18. Dezember 1964 unterrichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Kutschner Botschafter Knappstein, Washington, daß der französische Gesandte Winckler und der britische Gesandte Hayman den Korrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung“, Frey, vertraulich unterrichtet hätten. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 18; B 150, Aktenkopien 1964.

Zum Bekanntwerden des sowjetischen Vorschlags vgl. den Artikel „Neue sowjetische Initiativen über Berlin“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 341 vom 11. Dezember 1964, S. 3. Vgl. auch „Kontakte der vier Mächte in Berlin?“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 289 vom 12. Dezember 1964, S. 4.

<sup>6</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 10. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Schröder veranlaßte und dazu vermerkte: „Trotz gewisser Besorgnisse (III 1) schlage ich Zustimmung vor. Der Komplex muß sehr genau beobachtet werden.“

Hat Bundesminister Schröder am 12. Dezember 1964 vorgelegen.

Hat Legationsrat Wentker am 15. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte, daß die Alliierten am gleichen Tag unterrichtet worden seien.

kanzleramt und das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen über die o.a. Angelegenheit zu unterrichten (der Berliner Senat ist am 9. Dezember 1964 bereits durch die AHK informiert worden).<sup>7</sup>

Ruete

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 18

380

### Ausführungen des Bundeskanzlers Erhard gegenüber dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-150.A/64 geheim

11. Dezember 1964<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 11. Dezember 1964 um 11.00 Uhr den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika zu einem Gespräch.

#### Interventionen des Herrn Bundeskanzlers

Nach seiner Unterredung mit Außenminister Schröder am gestrigen Abend sei er persönlich beruhigt, wenn es auch noch offene Fragen gebe. In der deutschen Presse jedoch seien die Gespräche zwischen Johnson und Wilson zweideutig angekommen<sup>2</sup>, als ob der amerikanische Präsident volles Verständnis

<sup>7</sup> Am 15. Dezember 1964 dementierte die UdSSR, einen Vorschlag zur Einrichtung ständiger Kontakte der Vier Mächte in Berlin gemacht zu haben. Vgl. dazu NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 347 vom 17. Dezember 1964, S. 4.

Der stellvertretende Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Davis, bedauerte am 16. Dezember 1964, daß der sowjetische Vorschlag in die Öffentlichkeit gelangt sei. Er hob hervor, damit „dürfte die Angelegenheit ... tot“ sein. Obwohl man keinen Zweifel daran gehabt habe, daß hier von sowjetischer Seite versucht werden sollte, einen besonderen Viermächte-Status für Westberlin herzustellen, sei es doch sehr zu bedauern, daß eine vertrauliche Sondierung der sowjetischen Überlegungen und Absichten durch das vorzeitige Bekanntwerden des Vorgangs voraussichtlich unmöglich geworden sei.“ Vgl. den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 16. Dezember 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 18; B 150, Aktenkopien 1964.

Am 21. Dezember 1964 hielt Ministerialdirigent Ruete fest, daß die sowjetische Botschaft in Ost-Berlin am 17. Dezember 1964 über die Stellungnahme der Alliierten unterrichtet worden sei. Der Protokollbeamte der sowjetischen Botschaft, Panin, habe „sich beschwert, daß sein ‚privater‘ Vorschlag zu inoffiziellen gesellschaftlichen Treffen als politischer Vorschlag verstanden worden sei. Er, Panin, sei in keiner Weise zur Abgabe offizieller Vorschläge ermächtigt gewesen. Botschafter Abrassimow, der sich nicht in Berlin befunden habe, sei nach seiner Rückkehr über die inzwischen eingetretene Entwicklung äußerst überrascht gewesen.“ Ruete wies schließlich auf die Presseerklärung der Drei Mächte vom 19. Dezember 1964 hin, in der sie hinsichtlich des sowjetischen Vorschlags erneut ihre Bereitschaft betonten, über die Verantwortung der Vier Mächte für ganz Berlin zu sprechen. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 18; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Geithner am 15. Dezember 1964 gefertigt. Hat dem Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 23. Dezember 1964 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Aufenthalt des Premierministers Wilson vom 7. bis 9. Dezember 1964 in Washington vgl. Dok. 375, Anm. 18. Vgl. auch die Artikel „Termin für MLF-Gründung verzögert“ und „Der Schat-

für den britischen Standpunkt<sup>3</sup> gezeigt habe, der auf eine gewisse Verwässe-  
rung und Verminderung der MLF hinauslief. Dies sei für die deutsche<sup>4</sup> Regie-  
rung, die unter allen Umständen und klar und treu zur Vereinbarung stehe,  
die die MLF für unerlässlich halte, etwas schwierig. Für Deutschland wäre es  
am besten, wenn eine möglichst schnelle, möglichst klare Entscheidung auf ei-  
ner möglichst breiten Grundlage getroffen würde. Der Botschafter habe ja si-  
cher gehört, daß die Kreise um Strauß gegen das Projekt seien<sup>5</sup>, dies beein-  
flusse die Regierung jedoch nicht. Eine schnelle Entscheidung sei vonnöten,  
nicht nur wegen der Wahlen, sondern auch wegen gewisser Sentiments und  
Ressentiments.

#### Zur Frage der britischen Beteiligung

Die vorgesehene Überwasserflotte sei ein Minimum, um der sowjetischen Dro-  
hung zu begegnen. Sechs U-Boote wären wünschenswert, aber die britischen  
Boote müßten zudem erst noch gebaut werden.

Er befürchte, und das gelte für Großbritannien und könnte für Frankreich  
gelten (jedoch sei die Haltung Frankreichs<sup>6</sup> ja wohl negativ), daß Bomber ein-  
gebracht würden. Diese besäßen zwar zur Zeit einen gewissen Wert, wären  
aber in ein paar Jahren veraltet; Großbritannien wolle sich damit nur billig in  
die MLF<sup>7</sup> einkaufen, denn eigentlich wären die Bomber ziemlich wertlos<sup>8</sup> und  
zu teuer. Er, der Herr Bundeskanzler (lachend), würde sie höchstens<sup>9</sup> zu  
Marktpreisen, nicht zu Herstellungspreisen kaufen.

#### Zur Befehlsgewalt

Für Deutschland und die europäischen Länder wäre es leichter, den hier und  
dort anzutreffenden Widerstand zu überwinden, wenn der europäische Akzent  
etwas deutlicher würde. Die Mittelstreckenraketen (es handle sich ja nicht um

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1485*

ten von Bonn und Rom liegt auf Wilsons Gespräch“; DIE WELT, Nr. 286 vom 8. Dezember 1964,  
S. 4, bzw. Nr. 288 vom 10. Dezember 1964, S. 1.

<sup>3</sup> Zum britischen Vorschlag einer Atlantic Nuclear Force (ANF) vgl. Dok. 382.

<sup>4</sup> Die Wörter „die deutsche“ wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.  
Dafür wurde gestrichen: „eine“.

<sup>5</sup> Auf der 2. internationalen Wehrkundetagung am 5./6. Dezember 1964 in München vertrat der  
Vorsitzende der CSU, Strauß, die Meinung, das vorerst einseitig auf den amerikanischen Schutz  
für Europa abgestellte NATO-Bündnis müsse in ein Schutzbündnis auf Gegenseitigkeit umge-  
wandelt werden. Dazu führte er aus: „Warum greift man nicht das zu Anfang der fünfziger Jahre  
von den Amerikanern so sehr favorisierte Konzept der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft  
auf, das sich sicherlich nach den heutigen Erfordernissen der nuklearen Abschreckung modifi-  
zieren ließe? ... In ihr wäre Frankreich nicht mehr eine Atomstreitmacht auf dem Kontinent, son-  
dern eine kontinentaleuropäische Force de frappe.“ Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr.  
284 vom 7. Dezember 1964, S. 5.

Zur Auseinandersetzung zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ vgl. auch Dok. 194, Anm. 1.

<sup>6</sup> Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 377.

<sup>7</sup> Die Wörter „billig in die MLF“ wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich einge-  
fügt.

<sup>8</sup> Der Passus „eigentlich wären die Bomber ziemlich wertlos“ ging auf Streichungen und hand-  
schriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „eigent-  
lich wären sie wertlos“.

<sup>9</sup> Der Passus „Er, der Herr Bundeskanzler (lachend), würde sie höchstens“ ging auf handschriftli-  
che Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „Er würde sie  
höchstens“.

interkontinentale Raketen) dienten dem Schutz Europas (mit der Unterstützung Amerikas, das sei ganz klar), daher müsse der europäische Akzent stärker hervortreten. Dies werde bei der Unterstellung unter SACEUR deutlicher, als wenn eine neue Institution über Europa hinaus geschaffen würde. Wenn de Gaulle ein Veto einlegte<sup>10</sup>, was noch zu prüfen wäre, müßte eine andere Form, die aber auf jeden Fall eng mit SACEUR verbunden wäre, gefunden werden. Man könne die Verteidigungsstrategie Europas nicht planen und sich kein Bild davon machen, ohne an den Einsatz von Atomwaffen zu denken.

Er würde, nur um de Gaulle einzufangen, mit Konzessionen bis an die Grenze des Möglichen gehen und nach der force de frappe nicht fragen.

Er hoffe, daß der amerikanische Präsident nach Paris, ja nach Europa überhaupt komme<sup>11</sup>, denn das würde die Angelegenheit in Schwung bringen. Man brauche das amerikanische Portrait in Europa, es sei notwendig, daß der Präsident nach Europa reise, denn dadurch werde alles leichter. Er glaube, daß, wenn man richtig vorgehe und de Gaulle einen Prestigeverlust erspare, ja ihm vielmehr das Gefühl gebe, eine große und weise Entscheidung getroffen zu haben, dieser mit sich reden lasse.

Er sei überzeugt, daß Frankreich sich übernommen habe und nicht in der Lage sei, mit eigener Kraft weiterzumachen; daher kokettiere es mit Deutschland, das ihm helfen solle.<sup>12</sup> Dies sei jedoch nicht möglich, denn Deutschland lasse sich nicht auf ein solches Abenteuer ein. De Gaulle müsse das auch fühlen. Die französische Wirtschaft sei sehr labil, und mit seinen ehrgeizigen Plänen würde er Frankreich wirtschaftlich ruinieren. Dann könne er seine force de frappe in die Konkurrenzmasse einbringen. Übrigens besuche Rusk de Gaulle ja am Montag<sup>13</sup>, vielleicht könne er dabei in dieser Richtung wirken.

In den Gesprächen zwischen dem deutschen und dem französischen Außenminister<sup>14</sup> habe sich ergeben, daß die Haltung Frankreichs zur MLF absolut negativ sei, obwohl man auf französischer Seite zugegeben habe, daß die Sache vor vier Monaten anders gestanden habe.

Um auf die Franzosen einwirken zu können, erführe er natürlich gerne das Ergebnis der Gespräche zwischen Rusk und de Gaulle. Er bitte den Botschafter, dem Präsidenten zu sagen, daß die europäische Politik gestärkt und die

<sup>10</sup> Zur Möglichkeit eines französischen Vetos gegen die geplante MLF vgl. Dok. 350, besonders Anm. 2.

<sup>11</sup> Der amerikanische Präsident reiste erst im April 1967, anlässlich der Beisetzungsfeierlichkeiten für den ehemaligen Bundeskanzler Adenauer am 25. April 1967, nach Europa.

<sup>12</sup> Zum französischen Verteidigungsprogramm für die Jahre 1965 bis 1970 vgl. Dok. 370, Anm. 2. Zur Frage einer Mitwirkung der Bundesrepublik beim Aufbau der Force de frappe vgl. Dok. 210, besonders Anm. 11.

<sup>13</sup> Am Rande der NATO-Ministertagung trafen am 14. und am 16. Dezember 1964 der amerikanische Außenminister Rusk und der französische Staatspräsident de Gaulle in Paris zusammen. Rusk erklärte später, er sei mit dem Ergebnis der Gespräche, bei denen insbesondere die MLF und die Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen diskutiert worden sei, sehr zufrieden. Vgl. den Artikel „Rusk Reassures de Gaulle on Bid for NATO A-Fleet“; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39042 vom 15. Dezember 1964, S. 1. Vgl. auch den Artikel „Le général de Gaulle reçoit M. Dean Rusk“; LE MONDE, Nr. 6195 vom 15. Dezember 1964, S. 1.

<sup>14</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 9. Dezember 1964 vgl. Dok. 377.

Malaise gedämpft würde (man habe stets Angst, was de Gaulle jetzt wohl tue; das gebe eine gewisse Unsicherheit), wenn man nicht nur immer über de Gaulle spräche, sondern auch über Johnson. Zudem sei man der Reisepläne de Gaulles auch nicht sicher.

Herr Minister Westrick fügte hier ein, daß nach vertraulichen, noch unbestätigten Informationen de Gaulle erwäge, nach Moskau und eventuell nach Warschau zu reisen.<sup>15</sup> Er erinnerte in diesem Zusammenhang an eine Äußerung Dr. Adenauers, der auf den „Liebesbrief“ de Gaulles an Mikojan (zum Jahrestag der Oktoberrevolution)<sup>16</sup> hingewiesen hatte.

Der Herr Bundeskanzler sagte, er würde eine Reise Johnsons im Januar natürlich begrüßen, sie aber spätestens Anfang März für wünschenswert halten. Je näher man einer Entscheidung in der MLF-Frage rücke, desto wichtiger sei ein solcher Besuch.

#### Zu den Gesprächsthemen der Unterhaltung Johnson – Wilson

Der zentrale Punkt sei sicher die MLF gewesen, jedoch sei sicherlich auch über die Lage des Pfundes<sup>17</sup> gesprochen worden. Das sei ganz selbstverständlich.

Am nächsten Montag treffe der Herr Bundesminister des Auswärtigen Außenminister Rusk in Paris im Rahmen der NATO-Tagung. Er selbst habe die Dolmetscher-Aufzeichnung über das Gespräch zwischen Bundesminister Schröder und dem Sonderkurier (Mr. Donald Spiers) des amerikanischen Außenministers<sup>18</sup> noch nicht gelesen, weil sie noch geschrieben werde. Erfreulich sei jedoch die Haltung Italiens<sup>19</sup>, das sich positiv zur MLF ausgesprochen habe und im Hinblick auf Großbritannien so weit gegangen sei, daß sich seine Meinung mit der deutschen decke. Auch Holland werde man wohl überzeugen können.<sup>20</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen werde natürlich auch<sup>21</sup> über die Frage der gemischten Besatzungen sprechen; er sei<sup>22</sup> bezüglich der Übernahme von Bombern skeptisch. In der Frage des Kommandos sei er nachgiebiger.

<sup>15</sup> Staatspräsident de Gaulle besuchte die UdSSR vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 und Polen vom 6. bis 12. September 1967. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1966, Z 130 bzw. 1967, Z 212.

<sup>16</sup> Die Wörter „Mikojan (zum Jahrestag der Oktoberrevolution)“ wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Moskau“.

Zum Telegramm vom 30. Oktober 1964 vgl. Dok. 307, Anm. 43.

Am 1. November 1964 wies der ehemalige Bundeskanzler Adenauer in einem Interview darauf hin, daß die französisch-sowjetische Annäherung vermutlich auf die falsche Politik der Bundesregierung und insbesondere auf die schlechte Behandlung des Staatspräsidenten de Gaulle im Juli 1964 in Bonn zurückzuführen sei. Vgl. BILD AM SONNTAG, Nr. 44 vom 1. November 1964, S. 4.

<sup>17</sup> Zur britischen Währungskrise vgl. Dok. 361.

<sup>18</sup> Der Passus „die Dolmetscher-Aufzeichnung ... des amerikanischen Außenministers“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „die Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Schröder und dem Sonderkurier des amerikanischen Präsidenten“.

Zum Gespräch vom 9. Dezember 1964 in Paris vgl. Dok. 382, Anm. 9 und 12.

<sup>19</sup> Zur italienischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 375.

<sup>20</sup> Zur niederländischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 372, Anm. 13.

<sup>21</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

<sup>22</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „aber“.

ger. Die MLF, der Gedanke, der dahinter stehe (sie sei ja schließlich kein Spielzeug, sondern eine Abschreckungswaffe), solle nicht<sup>23</sup> verwässert werden.

Schröder und er selbst verstünden wohl zu wenig vom Funktionieren des Kommandos und von der Strategie, aber von Hassel würde sich wohl noch einschalten.

#### Zum Vetorecht<sup>24</sup>

In der Verteidigung solle man nicht jedem europäischen Land ein Vetorecht einräumen, sondern nur einem gewissen Prozentsatz dieser Länder. Man solle Ländern wie Frankreich, Großbritannien, Deutschland oder Italien aufgrund ihrer Stärke nach einem Schlüssel dieses Recht einräumen, es jedoch nicht jedem europäischen Land erteilen. Es sei außerdem eine gespenstische Frage; denn wenn die Sowjetunion Europa angriffe und auf den Knopf drückte, dann könne man sich hier nicht erst an den Konferenztisch setzen, sondern jemand müsse hier ebenfalls auf den Knopf drücken.<sup>25</sup>

Der Herr Bundeskanzler erläuterte ferner, der Botschafter habe wohl die Äußerungen von Strauß gelesen, die sich mit der Überzeugung de Gaulles deckten: wozu eine MLF? Ihrer Meinung nach seien die USA mit ihren interkontinentalen und strategischen Waffen in der Lage, bei einem sowjetischen Angriff die Mittelstreckenraketen zu zerstören. Daher fragten sich de Gaulle und Strauß, wozu das Ganze. Die beiden großen Giganten USA und Sowjetunion hielten sich selbst in Schach. Wenn die Sowjetunion einen Angriff startete, und die USA mit der Zerstörung antworteten, wozu dann eine MLF?

Man müsse aber anders<sup>26</sup> argumentieren. Wenn die Sowjetunion die Absicht habe, etwas zu annexieren, dann sage sie sich, ein auf Europa begrenzter Krieg sei denkbar, wobei man bezweifeln könne, ob die USA ihre Atomwaffen einsetzen, wodurch im Gegenschlag ihr eigenes Land zerstört werde<sup>27</sup>. Solche Zweifel würden die Sowjetunion in ihren Annektionsgelüsten bestärken. Daher brauche man in Europa Mittelstreckenraketen und diese Waffen, damit die Sowjetunion<sup>28</sup> nie ganz sicher sei, ob nicht wenigstens diese eingesetzt würden<sup>29</sup>.

<sup>23</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „dadurch“.

<sup>24</sup> Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. zuletzt Dok. 339.

<sup>25</sup> Der Passus „dann könne man sich ... Knopf drücken“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „dann könne man sich nicht an den Konferenztisch setzen, sondern es müsse auf der anderen Seite ebenfalls jemand auf den Knopf drücken.“

<sup>26</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „so“.

<sup>27</sup> Der Passus „sei denkbar, wobei man bezweifeln könne ... zerstören werde“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „sei denkbar, bezweifle aber gleichzeitig, ob die USA ihre Atomwaffen einsetzen, um ihr eigenes Land zu zerstören“.

<sup>28</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „nur“.

<sup>29</sup> Der Passus „nie ganz sicher sei, ... eingesetzt würden“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „nicht ganz sicher sei, daß sie nicht eingesetzt würden“.

Theoretisch sei es also denkbar, daß ein Krieg das sowjetische Territorium<sup>30</sup> und die USA nicht berühre, sondern daß es nur<sup>31</sup> einen europäischen Krieg mit den an der Westgrenze der Sowjetunion stationierten Mittelstreckenraketen<sup>32</sup> gebe. In Europa brauche man, und dieser Gedanke ließe sich dem deutschen Volk verkaufen, die MLF, nicht für den großen Weltbrand, sondern für einen Krieg im Umkreis von vielleicht 500 km.

De Gaulles Politik sei nur möglich, weil es die USA gebe. Die Franzosen sagten auf der einen Seite<sup>33</sup>, man brauche die USA mit ihrem großen Waffenpotential und ihren Schutz, auf der anderen Seite glaube man nicht, daß die USA ihr eigenes Leben riskieren würden.

#### Zusammenhang MLF – Getreidepreis

Der Herr Bundeskanzler führte aus, daß man im Frühjahr mit Frankreich harte Diskussionen führen werde, und um den Gaullisten in Deutschland nicht den Eindruck zu vermitteln, man sei gegen Frankreich eingestellt, habe er in der Getreidepreisfrage das Interesse Frankreichs besonders berücksichtigt<sup>34</sup>; ganz abgesehen davon, daß er die Lösung persönlich für richtig halte, habe er die Entscheidung im Hinblick auf das Frühjahr getroffen.

#### Einheit Europas

Couve de Murville sei in dieser Hinsicht nachgiebiger und verständnisvoller gewesen. Mit einem Minimum an gemeinsamen Institutionen sei wenigstens ein Anfang gemacht. Man setze sich wenigstens wieder auf Regierungsebene zusammen; die Angelegenheit habe wieder Auftrieb<sup>35</sup> erhalten. Die Spaltung bleibe nur in der Frage der MLF bestehen, wobei der Herr Bundeskanzler sagte, er sei überzeugt, daß de Gaulle auf diesem Gebiet alles<sup>36</sup> tun und auch die deutsche und französische Presse mobil machen werde, um Unruhe zu stiften.

Einen Austritt aus dem Gemeinsamen Markt erwäge de Gaulle letzten Endes wohl nicht<sup>37</sup>, denn das würde die Isolierung Frankreichs bedeuten, was es sich wirtschaftlich nicht leisten könne, obwohl de Gaulle dafür kein Gefühl habe.

30 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Festland“.

31 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

32 Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

33 Der Passus „Die Franzosen sagten auf der einen Seite“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „Es sei zweideutig, daß die Franzosen auf der einen Seite sagten“.

34 Zum Entschluß der Bundesregierung, der Harmonisierung des Getreidepreises in der EWG zum 1. Juli 1967 zuzustimmen, vgl. Dok. 358.

35 Der Passus „die Angelegenheit habe wieder Auftrieb“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „so habe die Angelegenheit wieder Auftrieb“.

36 Der Passus „der MLF bestehen, wobei der Herr Bundeskanzler ... auf diesem Gebiet alles“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „der MLF bestehen. Der Herr Bundeskanzler sagte, er sei überzeugt, daß de Gaulle alles“.

37 Zu der Überlegung, Frankreich könne aus der EWG austreten, vgl. auch Dok. 307, Anm. 42.

Man habe auch aus Frankreich gehört, daß man dort etwas vorsichtiger geworden sei. Nach neuesten Informationen sei dementiert worden, daß eine deutsche Beteiligung an der MLF den Bruch der deutsch-französischen Freundschaft bedeute und Folgen für die EWG haben werde. Dieses Dementi sei sehr bedeutungsvoll. Eine Reaktion de Gaulles würde sich natürlich gegen Deutschland richten, denn er sei enttäuscht, daß man seine große Freundschaft nicht würdige.<sup>38</sup>

Der Herr Bundeskanzler meinte ferner, man müsse bedenken, daß in der Bundesrepublik im September Wahlen stattfänden.<sup>39</sup> Dafür seien große Diskussionen, innere Diskussionen nicht günstig. Er möchte daher wiederholen, je mehr man sich der Vorstellung, d.h. der Unterzeichnung des MLF-Projektes nähere, desto besser wäre es für die Bundesregierung, die deutsche öffentliche Meinung und die politische Durchsichtigkeit<sup>40</sup>, wenn der amerikanische Präsident sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen europäischen Ländern sehen ließe. So ein Besuch wäre sehr wichtig.

Er wolle, um ein Beispiel zu geben, die Opposition nicht verdächtigen oder schlechtmachen, aber er sei nicht sicher, daß es unter einer SPD-Regierung nicht zu Halbheiten in der Verteidigung und zu gewissen Abenteuern komme. Dies gelte nicht für die gegenwärtige Führung der SPD, sondern für die, die nachrücken, die Massen, die Funktionäre, die schon jetzt an Einfluß gewonnen. Wie Wilson bezüglich einer europäischen Lösung geschwankt habe, könne er sich vorstellen, daß sich in einem sozialistischen Europa mit Wilson in Großbritannien und einer SPD-Regierung in Deutschland die Verteidigungskonzeption ändern würde.

Die deutsche Entscheidung sei gefallen, und sie sei eine politische Entscheidung der Regierungsparteien gewesen.<sup>41</sup>

Hier fügte Herr Minister Westrick ein, daß es nicht genüge, de Gaulle im gegenwärtigen Zustand einen Platz offen zu halten; das sei zu wenig, denn man dürfe de Gaulle nicht das Gefühl geben, einen Canossa-Gang gehen zu müssen; es ginge gegen seine Würde, wenn man ihm einen Platz offen hielte. Bei dem folgenden Vorschlag könnten die USA aktiv mitarbeiten, wenn man nämlich gewisse Produktionen<sup>42</sup> zwischen den USA, Frankreich und Deutschland koordinierte. Man habe z.B. über Boeing und Bölkow gesprochen.<sup>43</sup> Bölkow

<sup>38</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „Man habe wohl auch davon gesprochen, daß dann der deutsch-französische Vertrag gekündigt würde. Theoretisch sei das möglich, jedoch nicht denkbar.“

<sup>39</sup> Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

<sup>40</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Klarheit“.

<sup>41</sup> Der Passus „und sie ... sei gewesen“ ging auf handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „und eine politische Entscheidung gewesen“. Am 24. April 1963 billigte das Bundeskabinett grundsätzlich das Projekt einer integrierten Nuklearstreitmacht der NATO. Vgl. dazu den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 25. April 1963 an Botschafter Knappstein, Washington; Ministerbüro, VS-Bd. 8489; B 150, Aktenkopien 1963.

<sup>42</sup> Die Wörter „nämlich gewisse Produktionen“ wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „nämlich die Produktion“.

<sup>43</sup> Am 19. Oktober 1964 thematisierte der französische Verteidigungsminister Messmer gegenüber

z. B. brauche das Geld der Bundesrepublik. Man würde dann z. B. Bölkow das Geld eher gewähren können<sup>44</sup>, wenn es eine Zusammenarbeit zwischen drei, aber nicht nur zwei Staaten gebe.

Die USA könnten de Gaulle sehr viel wirksamer von der finanziellen Belastung des Baus einer Atommacht überzeugen als wir.<sup>45</sup> Großbritannien habe an dem Skybolt-Projekt gesehen, daß es wirtschaftlich überfordert sei. Man müsse Frankreich davon überzeugen, daß eine Beteiligung an der MLF anstelle einer selbständigen force de frappe auch wirtschaftlich<sup>46</sup> günstiger sei.

Der Herr Bundeskanzler meinte dazu, auch für die Bundesrepublik sei die MLF eine finanzielle Belastung, aber man sehe wenigstens die Wirkung, während man das Geld bei einer deutschen Beteiligung an Frankreichs Plänen in ein Faß ohne Boden<sup>47</sup> würfe.

Das Gespräch endete um 12.15 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 11

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1491*

Bundesminister von Hassel die Kontaktaufnahme der Firma Bölkow mit der amerikanischen Firma Boeing und dem französischen Unternehmen Nord- und Sud Aviation. Messmer führte aus, Bölkow habe der französischen Firma eine Kapitalbeteiligung von 2 Mio. Dollar vorgeschlagen, und die französische Regierung werde dieser Aktion zustimmen, falls die Bundesregierung keine Einwände erhebe. Vgl. die Aufzeichnung vom 22. Oktober 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>44</sup> Die Wörter „eher gewähren können“ wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „zu gewähren“.

<sup>45</sup> Die Wörter „als wir“ wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

<sup>46</sup> Der Passus „anstelle ... auch wirtschaftlich“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „zusätzlich zur force de frappe“.

<sup>47</sup> Der Passus „Wirkung ... Faß ohne Boden“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „Auswirkung, während man das Geld bei einer Beteiligung an Frankreichs Plänen in einen Wolfsrachen“.

**Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker in Dorneywood**

St.S. 4544/64 geheim

11. Dezember 1964<sup>1</sup>

*Gordon Walker:* Was schlagen Sie vor, in der Deutschlandfrage zu unternehmen?

*Bundesminister:* Wir glauben nicht, daß im Augenblick eine Aussicht besteht, zu einer Einigung mit der neuen sowjetischen Regierung<sup>2</sup> zu kommen. Gleichwohl halten wir es für erforderlich, die Vier-Mächte-Verantwortung für die Lösung der deutschen Frage zu betonen. Uns schwebt ein prozeduraler Vorschlag vor, nämlich die Einsetzung eines ständigen Vier-Mächte-Gremiums, das mit der Behandlung der deutschen Frage beauftragt wird.<sup>3</sup> Der Auftrag solle nicht gleich am Anfang sehr genau festgelegt werden. Es genüge eine allgemeine Formulierung. Die Bundesregierung sei im Augenblick nicht für die Vorlage eines Plans für die Lösung der deutschen Frage. Es bestehe bei solchen Plänen die Gefahr, daß gewisse Konzessionen, die in einem solchen Plan enthalten seien, selbst bei Scheitern des Planes verbraucht seien. Ein Schritt wie der von der Bundesregierung vorgeschlagene sei nötig, um die internationale und die deutsche Öffentlichkeit, insbesondere auch die Bevölkerung in der Zone, darauf hinzuweisen, daß die deutsche Frage gelöst werden müsse.

*Gordon Walker:* Befürchten Sie nicht, daß beim Scheitern dieses Schrittes die Enttäuschung sehr groß wäre?

*Bundesminister:* Wenn man keine zu großen Erwartungen wecke, sei die Gefahr der Enttäuschung auch nicht zu groß.

*Gordon Walker:* Gromyko habe bei dem Gespräch, das er mit ihm in Washington gehabt habe<sup>4</sup>, auch den Vorschlag gemacht, die deutsche Frage erneut zu diskutieren. Er habe darauf hingewiesen, daß die Gespräche, die gewisse Fort-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Simon am 16. Dezember 1964 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder am 20. Dezember 1964 vorgelegen.

Ein Durchdruck der Aufzeichnung hat Staatssekretär Carstens am 24. und 28. Dezember 1964 vorgelegen, der am 6. Januar 1965 die Weiterleitung an die Ministerialdirektoren Jansen und Krapf verfügte.

<sup>2</sup> Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5.

<sup>3</sup> Zu den Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich der Einsetzung eines Viermächte-Rats zur Lösung der Deutschland-Frage vgl. Dok. 353, besonders Anm. 26. Vgl. weiter Dok. 387.

<sup>4</sup> Zum Gespräch vom 9. Dezember 1964 hielt Botschafter Knappstein, Washington, am 11. Dezember 1964 Informationen fest, nach denen der sowjetische Außenminister Gromyko weitere Gespräche über die Deutschland-Frage mit Großbritannien angeregt habe. Er habe besonders die „Frage des freien Zugangs nach Berlin, die Respektierung der ‚Souveränität‘ der SBZ und den Rückzug aller fremden Truppen aus Deutschland aufgezählt“. Außenminister Gordon Walker habe Gesprächsbereitschaft signalisiert und darauf hingewiesen, „daß die Anwesenheit von NATO-Truppen in der Bundesrepublik wesentlich auf die Tatsache zurückzuführen sei, daß die Sowjetunion die Spaltung Deutschlands aufrechterhalte“. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1964.

schritte gebracht hätten, vor einem Jahr abgebrochen worden seien.<sup>5</sup> Man solle dort wieder anfangen, wo man aufgehört habe. Er, Gordon Walker, frage sich, aus welchem Grund die Sowjets dies beabsichtigten. Er glaube, daß der Vorschlag nur gemacht worden sei, um die MLF zu verzögern. Die Sowjets seien ebenso wie de Gaulle sehr bemüht, die Lösung des MLF-Problems zu erschweren.<sup>6</sup>

*Bundesminister:* Der Westen müsse in der MLF-Frage wissen, was er wolle. Man solle in dieser Frage zügig weiterverhandeln und sehen, daß man die MLF möglichst bald zustande bringe. Die Frage über die Einsetzung des Vier-Mächte-Gremiums könne man bis zu diesem Zeitpunkt noch etwas hinausziehen.

*Gordon Walker:* Besteht nicht die Gefahr, daß deutsche und französische Kreise im Hinblick auf die deutsche Frage sagen könnten, man solle mit der MLF zunächst warten, um nicht Aussichten in der deutschen Frage zu zerstören?

*Bundesminister:* Man müsse sehen, daß die MLF-Verhandlungen nicht länger als drei Monate Zeit in Anspruch nähmen.

*Gordon Walker:* Es sei nicht mit Sicherheit zu sagen, ob diese Zeit ausreiche. Man wisse nicht, wie lange Zeit die Amerikaner, insbesondere der Kongreß, benötigten.

*Bundesminister:* Wenn Präsident Johnson entschlossen sei, die Sache durchzubringen, dann habe die Regierung die Möglichkeit, schnelle Verhandlungen zu führen, die Kongreßausschüsse würden erst später eingeschaltet.

*Gordon Walker:* Er habe den Eindruck, daß die Kongreßausschüsse die nuklearen Fragen schon früher prüften, nicht erst, wenn die Administration ein Abkommen gezeichnet habe. Er selbst wäre froh, wenn man Mitte Januar mit den Verhandlungen anfangen könnte. Wenn es gut ginge, könnte man dann Ende Februar fertig sein. Vielleicht sei er aber zu optimistisch.

Gromyko habe ihn auf die Reduktion der Streitkräfte aufmerksam gemacht. Er vermute, daß die Sowjetunion mit Abrüstungsvorschlägen im Zusammenhang mit der Deutschlandfrage käme. Es werde dann vielleicht Leute, auch in Großbritannien, geben, die für solche Ideen empfänglich seien.

*Bundesminister:* Die Bundesregierung habe immer den Standpunkt vertreten, daß im Fall der Wiedervereinigung Deutschlands auch Sicherheitsfragen geregelt werden könnten.<sup>7</sup> Die Einsetzung des Vier-Mächte-Gremiums sei aber lediglich ein erster Schritt. Störmanövern gegenüber der MLF sei durch schnelles Handeln am besten zu begegnen.

<sup>5</sup> Im März 1963 scheiterten amerikanisch-sowjetische Sondierungsgespräche über Berlin. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 138.

Am 10. Oktober 1963 brach die UdSSR schließlich auch Abrüstungsgespräche mit dem Hinweis ab, daß für sie „eine Verbindung von Nichtangriffspakt mit einer Lösung des Berlin-Problems nicht annehmbar sei, da dies den Nichtangriffspakt zu einem Problem der Friedensregelung umwandeln würde“. Vgl. den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 11. Oktober 1963; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.

<sup>6</sup> Zur sowjetischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 210, Anm. 20. Vgl. auch Dok. 304 und weiter Dok. 386.

Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 377.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 213, Anm. 3.

Er habe aus Unterhaltungen den Eindruck, daß der britischen Regierung Schwierigkeiten von den Konservativen bereitet werden könnten, die gegen die Abschaffung einer nationalen Atomstreitmacht seien. Mit ihnen könnte sich der linke Flügel der Labour Party verbinden, der stets gegen eine MLF gewesen sei.<sup>8</sup>

*Gordon Walker:* Es sei richtig, daß der linke Flügel der Labour Party immer gegen eine Polaris-Flotte gewesen sei. Er glaube aber nicht, daß bei einer Abstimmung im Unterhaus eine Labour-Stimme gegen die Regierung abgegeben werde. Die Situation sei nicht einfach. Die Rede Wilsons am kommenden Mittwoch müsse die Schwierigkeiten berücksichtigen.<sup>9</sup> Für die britische Regierung sei das amerikanische Veto wichtig.<sup>10</sup> Außerdem sei seine Partei gegen eine Überwasserflotte. Im Kabinett sei die Unterstützung des ANF-Projekts einmütig gewesen. Es gebe gewisse Labour-Kreise, die gegen gute Beziehungen mit Deutschland seien; dies seien aber ganz wenige Abgeordnete.

*Bundesminister:* Er habe über den Schritt in der Deutschlandfrage mit den Franzosen gesprochen.<sup>11</sup> Diese waren dafür. Er nehme an, daß sie sich davon auch eine günstige Resonanz in Deutschland versprächen. Man müsse immer damit rechnen, daß auch die Franzosen mit dem Argument, die MLF störe die Vier-Mächte-Beratungen, arbeiten würden.

*Gordon Walker:* Die Straßburger Rede General de Gaulles<sup>12</sup> sei geschickt gewesen, da in ihr die Wichtigkeit der deutsch-französischen Freundschaft betont worden sei. Außenminister Spaak sei von de Gaulle offensichtlich beeinflußt worden.<sup>13</sup> Er habe ihm den Gedanken vorgetragen<sup>14</sup>, die Regierungen der

<sup>8</sup> Zur Diskussion über die MLF/ANF in Großbritannien vgl. Dok. 372, Anm. 10.

<sup>9</sup> Am 16. Dezember 1964 erläuterte Premierminister Wilson vor dem britischen Unterhaus die verteidigungs- und sicherheitspolitische Konzeption der Regierung. Dabei stellte er zum ersten Mal den britischen Vorschlag einer Atlantic Nuclear Force (ANF) in der Öffentlichkeit vor. Für den Wortlaut vgl. HANSARD, Bd. 704, Spalten 415–443.

Botschafter von Etzdorf, London, hob dazu hervor, daß Wilson zum Abschluß seiner Erklärung der Opposition gemeinsame vertrauliche Besprechungen angeboten habe. Dadurch werde deutlich, „daß Wilsons Konzeptionen zum Teil weiter von den Überzeugungen des linken Flügels seiner eigenen Partei entfernt sind als von den Vorstellungen der Konservativen“. Vgl. den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 17. Dezember 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1370; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>10</sup> Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. zuletzt Dok. 380.

<sup>11</sup> Zum Gespräch mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 9. Dezember 1964 vgl. Dok. 377.

<sup>12</sup> Zur Rede vom 22. November 1964 vgl. Dok. 359.

<sup>13</sup> Zum Gespräch des belgischen Außenministers mit dem französischen Staatspräsidenten am 29. Oktober 1964 vgl. Dok. 307, Anm. 37.

Zur Haltung von Spaak gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 327, Anm. 6.

Am 27. November 1964 berichtete Botschafter Siegfried, Brüssel, über Pressemeldungen, denen zufolge Spaak vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des belgischen Senats erklärt habe, daß er die Bildung einer MLF nicht länger unterstützen. Dabei habe Spaak den störenden Einfluß des MLF-Projektes auf die politische Einigung Europas hervorgehoben. Siegfried führte aus, daß es nach Auskunft des belgischen Außenministeriums zwar kein Protokoll zur Rede von Spaak gebe. Aber es sei erklärt worden, daß sich die belgische Haltung zur geplanten MLF/ANF nicht geändert habe. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1364; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>14</sup> Am 2. Dezember 1964 hielt sich der belgische Außenminister Spaak zu Gesprächen mit seinem britischen Amtskollegen in London auf. Dazu hielt Botschafter Siegfried, Brüssel, am 7. Dezember 1964 Informationen aus dem belgischen Außenministerium fest, nach denen Spaak „keinen

fünf EWG-Staaten sollten sich mit General de Gaulle treffen, um Verteidigungsfragen zu besprechen und ihn nach einer Alternative zur MLF zu fragen. Er habe ihm davon abgeraten, da er diesen Plan für gefährlich halte. Er sei aber überzeugt davon, daß Spaak darauf zurückkommen werde. Die Äußerungen Spaaks seien in sich widerspruchsvoll. Spaak habe angedeutet, daß de Gaulle Pessimist sei und alles gefährden könne. Auf die Frage nach einer Alternative habe er darauf verwiesen, daß dies später erörtert werden könne.

*Bundesminister:* Spaak habe ihm fast mit den gleichen Worten über sein Gespräch mit de Gaulle berichtet.<sup>15</sup> Er habe den Eindruck, daß Spaak fürchte, „sein Werk“, nämlich die EWG und die NATO, könnten durch General de Gaulle zerstört werden. Als Spaak nach einer Alternative gefragt habe, habe de Gaulle geantwortet, „nous discuterons plus tard“. Cattani habe Spaak ebenfalls gesagt<sup>16</sup>, daß er seine Idee eines Treffens der fünf Regierungen mit General de Gaulle nicht für gut halte.

*Gordon Walker:* Er habe oft den Eindruck, daß de Gaulle mit den USA brechen wolle. Er befürchte manchmal, daß de Gaulle in Kauf nehme, in Verfolgung dieses Gedankens das Erreichte zu zerstören.

*Bundesminister:* Er schätze de Gaulle etwas anders ein. De Gaulle sehe seine Interessen. Seine Drohungen seien oft nicht so ernst zu nehmen, wie sie klängen. Er verhalte sich wie ein Pokerspieler.

*Gordon Walker:* Nach seiner Meinung könne de Gaulle die NATO verlassen, nicht aber die EWG.

*Bundesminister:* De Gaulle habe Besuchern gesagt, daß er die NATO 1969 kündigen wolle.

*Gordon Walker:* Wie stark die Ressentiments General de Gaulles gegen die Amerikaner seien, folge daraus, daß er die belgische Kongoaktion<sup>17</sup> deswegen kritisiert habe, weil die Belgier mit den Amerikanern zusammengearbeitet hätten. Er nehme auch an, daß General de Gaulle gegen die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der EWG sein werde.<sup>18</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1495*

Zweifel über seine Auffassung gelassen [habe], daß die MLF-Konzeption der Engländer niemand befriedigen werde. Besonders habe er davor gewarnt, de Gaulle einen Anlaß zu liefern, sich aus dem jetzigen Bündnis zurückzuziehen. Er halte es für das Beste, ohne das Projekt aufzugeben, in der MLF-Frage nicht auf eine rasche Lösung zu drängen, die in naher Zukunft sicher nicht erreichbar sei.“ Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1364; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>15</sup> Bundesminister Schröder und Außenminister Spaak trafen zuletzt anlässlich der WEU-Ministerratstagung am 16./17. November 1964 in Bonn zusammen.

<sup>16</sup> Am 15. Oktober 1964 hielt sich der belgische Außenminister Spaak zu Gesprächen mit der italienischen Regierung in Rom auf. Vgl. dazu NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 285 vom 16. Oktober 1964, S. 6.

<sup>17</sup> Zur Krise im Kongo vgl. zuletzt Dok. 232.

Am 24. November 1964 landeten, von amerikanischen Flugzeugen transportiert, belgische Fallschirmjäger im Raum Stanleyville (Kongo) und befreiten die weiße Bevölkerung, die dort von aufständischen Truppen gefangengehalten wurde. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 51, 1964, S. 838-846; EUROPA-ARCHIV 1964, Z 251.

<sup>18</sup> Vgl. dazu weiter den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 2. September 1965 an das Auswärtige Amt; AAPD 1965.

**Bundesminister:** Wir sollten noch ein Wort über den deutsch-britischen Jugend austausch<sup>19</sup> sprechen.

**Gordon Walker:** Er habe über diesen Punkt mit dem Finanzminister gesprochen. Schwierigkeit sei noch die Finanzfrage. Die Verhandlungen dauerten noch an. Er sei aber optimistisch.

**Bundesminister:** Ein weiterer Punkt sei die Frage der deutsch-britischen Expertenbesprechungen über Sowjetangelegenheiten.<sup>20</sup>

**Gordon Walker:** Die Besprechungen hielte er für nützlich.

**Bundesminister:** Im Hinblick auf die starke Belastung der zuständigen Referenten und die Tatsache, daß diese Fragen in der gegenwärtigen NATO-Tagung<sup>21</sup> besprochen würden, sei ein sehr baldiger Termin nicht erforderlich.

**Gordon Walker:** Stimmte dem zu.

**Bundesminister:** Erkundigte sich nach den weiteren Terminverpflichtungen.

**Gordon Walker:** Zur UN-Generalvollversammlung werde Premierminister Wilson gehen.<sup>22</sup> Er selbst müsse im Januar seinen Wahlkampf führen<sup>23</sup> und werde dann im Februar kurz nach New York fahren. Wilson wolle Bonn im Januar und Paris im März einen Besuch machen.<sup>24</sup> Die sowjetische Regierung habe man für das kommende Jahr nach London eingeladen.<sup>25</sup> Der Besuch Chruschtschows und Bulganins liege 10 Jahre zurück.<sup>26</sup> Vor 5 Jahren sei Macmillan in Moskau gewesen.<sup>27</sup> Es sei ein Testfall, ob die sowjetische Regierung schon so gefestigt sei, daß sie sich eine Auslandsreise leisten könne. In Rom wolle Wilson im Sommer einen Besuch machen.<sup>28</sup>

**Ministerbüro, VS-Bd. 8512**

19 Vgl. dazu Dok. 335, Anm. 23.

20 Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath vom 29. Oktober 1965; AAPD 1965.

21 Vom 15. bis 17. Dezember 1964 fand in Paris die Außenministerkonferenz der NATO-Staaten statt.

22 Am 14. April 1965 wurde Premierminister Wilson von UNO-Generalsekretär U Thant in New York zu einer Aussprache empfangen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 89. Vgl. auch Harold WILSON, The Labour Government 1964–1970, London 1971, S. 94–96.

23 Außenminister Gordon Walker unterlag am 21. Januar 1965 bei der Nachwahl zum Unterhaus im Wahlkreis Leyton und erklärte daher am 22. Januar 1965 seinen Rücktritt. Sein Nachfolger wurde der bisherige Wissenschaftsminister Stewart. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 36.

24 Premierminister Wilson hielt sich vom 6. bis 9. März 1965 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 10. März 1965; AAPD 1965.

Am 2./3. April 1965 hielt sich Wilson zu Gesprächen mit Staatspräsident de Gaulle in Frankreich auf. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 82.

25 Vom 16. bis 20. März 1965 führte der sowjetische Außenminister Gromyko in London Gespräche mit Premierminister Wilson und Außenminister Stewart. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 74.

26 Der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, und Ministerpräsident Bulganin besuchten vom 18. bis 27. April 1956 Großbritannien. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1956, S. 8877–8879. Vgl. auch CHRUSCHTSCHOW ERINNERT SICH, hrsg. von Strobe Talbott, Reinbek 1971, S. 404–416.

27 Premierminister Macmillan hielt sich vom 21. Februar bis 3. März 1959 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Harold MACMILLAN, Memoirs. Bd. IV: Riding the Storm 1956–1959, London 1971, S. 598–634.

28 Premierminister Wilson führte vom 27. bis 29. April 1965 in Rom Gespräche mit Ministerpräsident Moro. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 95.

**Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen  
Außenminister Gordon Walker in London**

II 7-81-33/6223/64 geheim

11. Dezember 1964<sup>1</sup>

An der Besprechung, die heute von 15.00–17.00 Uhr im Foreign Office stattfand, nahmen teil von britischer Seite:

Außenminister Gordon Walker; Sir Harold Caccia, Permanent Under-Secretary of State; Lord Chalfont, Minister für Abrüstungsfragen; Lord Hood, Deputy Under-Secretary of State; Sir Frank Roberts, Britischer Botschafter in Bonn; B. Ledwidge, Leiter des Western Department; Mr. Henderson, Sekretär des Foreign Secretary; Mr. Barnes, Leiter des NATO-Departments; Mr. Holmer, Western Department.

Von deutscher Seite:

Bundesminister Dr. Schröder; Ministerialdirigent Voigt; Vortragender Legationsrat I. Klasse Simon; Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheske; Vortragender Legationsrat Kusterer; Legationsrat I. Klasse Kastl; Botschafter von Etzdorf; Gesandter von Ungern-Sternberg; Legationsrat I. Klasse Schulte-Strathaus.

Nachstehend meine Notizen als Rohmaterial für Herrn Dr. Scheske, wie besprochen:

*Gordon Walker:* Ich schlage vor, kein offizielles Kommuniqué herauszugeben. Wir wollen die Angelegenheit nicht zu sehr formalisieren.

*Bundesminister:* Dank für freundliche Aufnahme. Ich sehe dies als die Fortsetzung unserer früheren Unterhaltung<sup>2</sup> und nehme an, daß das Gespräch auch später fortgeführt werden wird. Ich stimme der Anregung Mr. Gordon Walkers zu, auf ein Kommuniqué zu verzichten und statt dessen die Öffentlichkeit in der üblichen Weise über die wesentlichen Punkte zu unterrichten.<sup>3</sup>

*Gordon Walker:* Ich habe Außenminister Gromyko für den Monat März zu einem Besuch in London eingeladen.<sup>4</sup> Die Meldung wird heute veröffentlicht. Dem Besuch ist keine besondere Bedeutung beizumessen. Ich traf Gromyko in Washington und hielt es für vernünftig, ihn hier zu sehen. Ich werde Sie über das Ergebnis meiner Gespräche mit Gromyko unterrichten. Was wir in Washington besprachen<sup>5</sup>, war nicht von besonderer Bedeutung.

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 381.

<sup>3</sup> Vgl. dazu den Artikel „Wilsons Atompläne zwischen Bonn und Brighton“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 289 vom 12. November 1964, S. 4.

<sup>4</sup> Vom 16. bis 20. März 1965 führte der sowjetische Außenminister Gromyko in London Gespräche mit Premierminister Wilson und Außenminister Stewart. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 74.

<sup>5</sup> Zum Gespräch vom 9. Dezember 1964 vgl. Dok. 381, Anm. 4. Vgl. auch Dok. 387.

Unsere Gespräche über die Nuklear-Streitmacht in Washington<sup>6</sup> fanden in einer sehr freundschaftlichen und zufriedenstellenden Atmosphäre statt; sie waren informell und offen. Wir haben in den 48 Stunden konzentriert gearbeitet. Außer über die MLF bzw. ANF wurde auch noch über andere Dinge, wie China und Vietnam, gesprochen. Die Hauptsache aber war das Thema Nuklear-Streitmacht.

Ich erläuterte den Amerikanern unsere Position, so wie ich sie Ihnen in Bonn dargestellt habe.<sup>7</sup> (Die Briten übergaben uns das Papier „Atlantic Nuclear Force – Outline of Her Majesty's Government's Proposal“.)<sup>8</sup> Wir betrachten es als einen Erfolg, daß die Amerikaner sich bereit erklärt haben, unsere Vorschläge neben ihrem eigenen MLF-Plan zu erwägen. Beide Konzeptionen wurden miteinander in Zusammenhang gebracht und gemeinsam diskutiert.

Wir sprachen zunächst über die allgemeine Weltlage. Die Amerikaner und wir stimmten darin überein, daß Großbritannien seiner Rolle in Übersee, insbesondere im Indischen Ozean, Priorität verleihe. Die Amerikaner zeigten großes Interesse daran („were very keen on that“), da die Briten in diesem Raum Aufgaben wahrnehmen können, die zu übernehmen sich die Vereinigten Staaten nicht in der Lage sehen.

Die Diskussion mit den Amerikanern über die ANF begann mit der Vorlage eines amerikanischen Papiers<sup>9</sup> als Gegenstück zu dem oben erwähnten britischen Plan. Die Amerikaner machten klar, daß sie sich das Recht vorbehalten müßten, ihre Zustimmung zum Einsatz der Nuklear-Waffen zu erteilen<sup>10</sup>, ganz gleich, ob diese in einer MLF oder einer ANF enthalten seien. Die Amerikaner könnten sich jedoch drei Situationen vorstellen, in denen sie erwägen würden, gegebenenfalls auf ihr Veto-Recht zu verzichten:

- a) im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands;
- b) wenn es zu einer politischen Einigung Europas etwa unter einem europäischen Präsidenten komme, dem man die Entscheidung über den Einsatzbefehl anvertrauen könne;
- c) wenn es gelinge, eine weltweite Übereinkunft über die allgemeine Abrüstung zustande zu bringen.

<sup>6</sup> Zum Aufenthalt des Premierministers Wilson vom 7. bis 9. Dezember 1964 in Washington vgl. Dok. 375, Anm. 18.

<sup>7</sup> Zum Gespräch vom 15. November 1964 vgl. Dok. 334.

<sup>8</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419.

<sup>9</sup> Am 9. Dezember 1964 informierte der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Spiers, Abrüstungsbehörde Bundesminister Schröder in Paris ausführlich über die Gespräche des Präsidenten Johnson mit Premierminister Wilson. Spiers führte aus, daß die britischen Vorschläge in Washington grundsätzlich begrüßt worden seien. In Einzelfragen wolle man sich durchaus flexibel verhalten. Er übergab Schröder ein Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk und eine eingehende Stellungnahme der amerikanischen Regierung zu den britischen ANF-Vorschlägen. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8512; B 150, Aktenkopien 1964. Für die amerikanische Stellungnahme vom 8. Dezember 1964 zum britischen Vorschlag einer ANF vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1587. Für das Schreiben von Rusk vom 8. Dezember 1964 vgl. Ministerbüro, Bd. 227.

Vgl. weiter Dok. 384.

<sup>10</sup> Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. zuletzt Dok. 380.

Von britischer Seite sei vorgeschlagen worden, der Nuklear-Streitmacht für die Dauer ihrer Existenz (also praktisch unbegrenzt) britische Polaris-U-Boote juristisch und physisch zu übereignen.

Das amerikanische Veto würde für alle Teile der Nuklear-Streitmacht, auch für nationale Komponenten, wirksam sein.

Wir bedrängten die Amerikaner sehr stark, eine gleiche Zahl von Polaris-U-Booten für die ANF zur Verfügung zu stellen wie wir, etwa im Verhältnis 4:4 oder 3:3. Sie wollten sich jedoch nicht binden. Ich glaube aber, daß sie sich schließlich doch dazu bereit finden werden. Von unserem Standpunkt ist es sehr wichtig, daß eine amerikanische nationale Komponente mit einbezogen wird. Der Grund ist: es Frankreich leichter zu machen, zu gegebener Zeit unter gleichen Bedingungen beizutreten.

Das gleiche Motiv treffe im übrigen auch für die Beibehaltung einer nationalen britischen Komponente zu.

Wir stimmten mit den Amerikanern überein, daß es bei dem gemischt-bemannten Prinzip bleiben soll, hauptsächlich, um den Deutschen, Italienern etc. die Beteiligung zu erlauben. Wir bleiben allerdings dabei, daß wir die gemischt be mannte Überseeflotte „nicht lieben“, wohl aber dieses Prinzip bei Bomberbesetzungen für vertretbar halten.

Die Amerikaner bestanden darauf, daß eine Überwasserflotte notwendig sei.

Wir wollen keine Bomberverbände in die ANF einbringen, die wir in Fällen nationalen Notstandes wieder herausziehen müßten. Wenn wir sie einbringen und so weit wir dies tun, soll es von Dauer sein. Wir können daher nur einen Teil unserer Bomber der ANF überlassen und müssen den Rest für unsere Aufgaben im Indischen Ozean vorbehalten. (Etwa die Hälfte unserer Bomberbestände.)

Für die Amerikaner war attraktiv, daß eine Streitmacht dieser Art Deutschland die Möglichkeit gäbe, sich an der Aufstellung gemischt bemannter [Verbände] zu beteiligen, und gleichzeitig Deutschland die Gleichberechtigung mit den anderen Partnern verschaffe: „You have an equal share of control with us“. Die Gleichberechtigung werde dadurch hergestellt, daß Großbritannien auf seine in die ANF einzubringenden Nuklear-Waffen endgültig verzichte und nicht mehr – wie es die frühe[re] konservative Regierung tat – sich vorbehalte, sie in Fällen nationalen Notstandes der ANF wieder zu entziehen.<sup>11</sup>

Wir haben uns in Washington sorgfältig davor gehütet, etwa ein Abkommen mit den Amerikanern zu treffen, das die übrigen Alliierten vor eine vollendete Tatsache stellen würde. Wir betrachten es für sehr wichtig, das ANF-Vorhaben frei mit unseren Bundesgenossen zu diskutieren. Wenn wir in Washington Übereinstimmung mit den Amerikanern feststellten, so nur „ad referendum“.

Es gab auch Meinungsverschiedenheiten und zwar sowohl in der Substanz wie in der Prozedur. Zur Prozedur: Ich halte es für richtig, daß ein Land zu einer Konferenz über die ANF einlädt. Diese Einladung sollte am besten wohl an alle NATO-Mitgliedstaaten gerichtet werden. Wenn zwei Regierungen ge-

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 334, Anm. 18.

meinsam einladen, könnte es nach einer Kliquenbildung („ganging up“) aussenhen. Als Konferenzort wäre NATO – Paris – vielleicht zu empfehlen.

Als sehr schwieriges Problem erwies sich in Washington das Verhältnis zwischen ANF und SACEUR. Meine eigene Ansicht, der allerdings die Amerikaner nicht zustimmen, ist, daß es besser wäre, wenn die ANF nicht unmittelbar SACEUR unterstellt würde. Gegen eine solche Unterstellung sprechen drei Gründe:

- a) Wenn man SACEUR eine Nuklear-Artillerie zur Verfügung stellt, mit der ein großer Teil der Sowjetunion zerstört werden kann, geht dies weit über die bisherige Rolle SACEURs hinaus.
- b) Wenn wir die ANF SACEUR unterstellen, besteht die Gefahr eines französischen Vetos.
- c) Es scheint mir sehr wichtig, eine von SACEUR abgesetzte neue Ebene zu schaffen, auf der sich Deutschland mit den anderen Bundesgenossen zusammen vollkommen gleichberechtigt fühlen kann. Es ist politisch und auch sonst sehr wünschenswert, daß diese Gleichberechtigung tatsächlich wie auch in der Form besteht. Die ANF wird viele, wenn nicht alle Eigenschaften einer souveränen Macht haben. Sie würde ihre Waffen „assign but not yield“.<sup>12</sup>

Mit dem Gedanken einer Überwasserflotte können wir uns immer noch nicht anfreunden und wollen a fortiori nicht daran teilnehmen. Wir sehen in der Übereignung unserer U-Boote einen gewaltigen Beitrag. Er bedeutet an materiellem Wert und Machtfülle mehr als der ursprüngliche Vorschlag unserer Beteiligung an der MLF.

Man darf die innenpolitischen Probleme, denen wir uns gegenüber sehen, nicht aus den Augen verlieren: Die Polaris-U-Boote zunächst zu bauen und dann fortzugeben, wird uns den Angriffen der Konservativen Partei aussetzen, und es ist zu befürchten, daß solche Angriffe bei der Bevölkerung Großbritanniens Eindruck machen. Durch unseren U-Boot-Beitrag würde die Nuklear-Verteidigung Europas sehr viel mehr verstärkt werden, als es der ursprüngliche MLF-Plan vorsah.

Wir sind sehr interessiert an einer raschen Antwort auf unseren ANF-Plan.<sup>13</sup> Eine Verzögerung durch die USA oder die Bundesrepublik Deutschland würde uns außerordentlich ungelegen sein. Wir sehen ein, daß die Sache gründlich beraten werden muß, möchten aber dennoch auf eine möglichst bal-

<sup>12</sup> Dazu erklärte der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Spiers, Bundesminister Schröder am 9. Dezember 1964 über Äußerungen des Premierministers Wilson bei dessen Aufenthalt in Washington: „Insgesamt sei Wilson der Auffassung, daß die Einsetzung eines besonderen Befehlshabers für die Atomstreitkraft die Bedeutung dieser neuen nuklearen Streitkraft stärken würde. Er würde daher einen unabhängigen Oberbefehlshaber vorziehen, welcher der politischen Behörde verantwortlich sei und in enger Zusammenarbeit mit der jetzigen NATO-Befehlsstruktur zu handeln hätte. Wilson habe dafür die Bezeichnung SACSTRAT (Supreme Allied Commander Strategic Force) vorgeschlagen ... Das Hauptquartier dieser Streitkraft solle in Europa liegen, und Wilson habe dafür England vorgeschlagen.“ Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8512; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>13</sup> Zur Haltung der Bundesrepublik gegenüber den britischen Vorschlägen vgl. Dok. 393. Zur offiziellen Stellungnahme der Bundesregierung vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 18. Januar 1965; AAPD 1965.

dige Entscheidung drängen. Ich bin geneigt, Pressekommentaren, daß es besser sei, die Sache noch eine Zeitlang hinzuziehen, keinen Glauben zu schenken. Wir Briten haben unseren Entschluß gefaßt und wollen nun keine Zeit verschwenden.

*Bundesminister:* Dank für die ausführlichen und offenen Darlegungen Mr. Gordon Walkers. Ich werde genauso offen sein. Die Amerikaner haben sich sehr taktvoll verhalten. Sie haben es Ihnen überlassen, uns Ihren Standpunkt darzulegen. Aus Ihren Kommentaren zu der amerikanischen Reaktion sind wir auch über diese – wie in einem Rückspiegel – in etwa unterrichtet worden.

Grundsätzlich muß klargemacht werden, daß wir aus eigenen Überlegungen dazu gekommen sind, die geplante Nuklear-Streitmacht für eine gute und nützliche Sache zu halten. Wir begrüßen den Plan, weil er an sich gut ist und nicht etwa nur, um den Amerikanern einen Gefallen zu tun. Ich wüßte auch nicht, ob es wirklich ein Gefallen wäre, denn es handelt sich um ein schwieriges und für die Amerikaner außerordentlich kostspieliges Projekt.

Zu unseren Beweggründen gehörte, daß wir in der Allianz Schwierigkeiten entstehen sahen durch die Herausbildung von zwei Gruppen: einer konventionell bewaffneten und einer anderen, die sowohl konventionell wie auch nuklear bewaffnet ist. Für ein integriertes Kommando, unerlässlicher Bestandteil eines wirksamen Bündnisses, ist es nicht zuträglich, wenn die Teile der Allianz in so unterschiedliche Komponenten zerfallen. Das Bündnis verlangt die Integration sowohl im konventionellen wie auch im nuklearen Sektor. Wir mußten daher nach der bestmöglichen Form der Integration suchen unter Berücksichtigung der besonderen Verteidigungsaufgaben, die der Nuklear-Streitmacht gestellt sind.

Integration kann nicht nur theoretisch sein, sondern sie verlangt eine substantielle Basis. Außerdem muß sie sichtbar sein – das verlangt die politische Optik.

Diesen Erfordernissen entspricht die MLF in idealer Weise. Hier haben wir eine Integration durch gemeinsames Eigentum, gemeinsame Jurisdiktion etc. Auf der Basis der Gleichberechtigung beteiligt sich jeder Teilnehmer gleichmäßig. Dies ist auch bedeutsam für die Kostenfrage. Bei wirklicher Mitbeteiligung ist man eher zu finanziellen Opfern bereit. Die nukleare Streitmacht ist für uns ein großes Anliegen. Wir hegen den aufrichtigen Wunsch, mit Großbritannien zu einer Verständigung zu gelangen.

Der britische Wunsch, zu einer raschen Entscheidung zu gelangen, entspricht auch unseren Intentionen. Seit beinahe zwei Jahren wird jetzt verhandelt. Der Vertrag war fast schon unterschriftenreif. Als der Herr Bundeskanzler im vergangenen Sommer den amerikanischen Präsidenten sah, wurde ein Communiqué unterzeichnet, in welchem von einem Abschluß im Dezember des Jahres gesprochen wurde.<sup>14</sup>

<sup>14</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Präsidenten Johnson am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 161. Zum entsprechenden Passus des Communiqués vgl. Dok. 254, Anm. 4.

Bei Verhandlungen dieser Art erreicht die öffentliche Meinung schließlich einen Punkt, an dem man zu einer Entscheidung gelangen muß, wenn die Sache selbst nicht Schaden leiden soll. Das gilt auch hier. In rund neun Monaten stehen in der Bundesrepublik die Wahlen bevor.<sup>15</sup> Es wäre uns angenehm, eine so schwierige Angelegenheit möglichst lange vor den Wahlen erledigt zu haben. Es besteht zwar keine zwingende Notwendigkeit, im Januar oder Februar fertig zu werden, es ist aber wünschenswert, es so schnell wie möglich zu schaffen.

Wir sind für die Überwasserflotte, weil auch andere Mächte mitmachen möchten, für die *cum grano salis* dieselben Bedingungen gelten werden wie für uns.

Der Gedanke der Briten, diese Überwasserflotte mit je drei oder vier amerikanischen oder britischen U-Booten zu kombinieren, ist schon deswegen nahe liegend, weil die U-Boote mit denselben Polaris-Raketen ausgerüstet sind wie die Überwasserschiffe. Mr. Gordon Walker sagte, die Amerikaner hätten sich noch nicht festgelegt. Wir hätten gegen eine Kombination von Überwasser- und Unterseeboot-Komponenten keine Bedenken.

Andererseits halten wir es für unbedingt zwingend, daß es zu einer sichtbaren und nicht nur symbolischen Beteiligung Großbritanniens an der Überwasserflotte kommt, die sich auch auf die gemischte Bemannung erstreckt. Dies ist ein wesentlicher Punkt, auch für die politische Optik und die Darstellung nach außen.

Soweit es sich um britische und möglicherweise auch amerikanische U-Boote handelt, sollte auch dort auf die Dauer das Prinzip der gemischten Bemannung angestrebt werden. Es wird gewiß nicht ganz leicht zu verwirklichen sein, ist aber doch darzustellen. Innerhalb des Bündnisses sollte es möglich sein, in einem Prozeß der Auslese und Ausbildung, der Jahre dauern mag, das Ziel zu verwirklichen.

Ich fasse zusammen: Wir stimmen der Kombination der Überwasserflotte mit U-Booten zu. Wir wünschen eine britische Teilnahme an der gemischten Bemannung der Überwasserflotte und auf die Dauer auch der U-Boote.

Ich finde den Gedanken völlig richtig, daß man Konstruktionen suchen soll, die es erlauben, daß eines Tages auch Frankreich mitmacht. Man sollte dies beachten, erstens im Interesse des Bündnisses und zweitens auch als Folge des deutsch-französischen Verhältnisses. Da die Franzosen vielleicht eines Tages selbst Raketen-U-Boote besitzen werden, würden sie sich, wenn sie wollen, in eine Überwasser-U-Boot-Kombination zwangsläufig einfügen können.

Zu den britischen V-Bombern ist zu sagen, daß diese gewiß heute noch sehr stattlich aussehen, viel Geld kosten und einen großen Eindruck machen. Sie sind aber doch nicht mehr die Waffe von morgen oder übermorgen. Geht nicht beinahe jeder heute neu gebaute Bomber einer raschen Veralterung und einem schnellen Ende seiner Verwendungsfähigkeit entgegen? Die britische und die amerikanische Regierung sind sich ja wohl darüber im klaren, daß die Bomberverbände für die Zukunft nicht mehr sehr eindrucksvoll sind. Ich weiß, wie z.B. McNamara darüber denkt. Wir messen der Einbringung der Bomber in die ANF daher keine überzeugende Kraft bei. Die britischen V-

<sup>15</sup> Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

Bomber sind nach den Beschlüssen von Ottawa<sup>16</sup> ohnehin schon SACEUR unterstellt, und wir hätten keine Bedenken, daß es dabei bleibe.

Auf eine Frage des Herrn Bundesministers erläutert Mr. *Gordon Walker*, daß die mit Blue Steel ausgerüsteten Bomber der ANF unterstellt und die anderen Bomber der nationalen Verfügungsgewalt für Aufgaben in Übersee vorbehalten werden sollen.

Mr. *Gordon Walker*: Die Amerikaner würden es vorziehen, daß Großbritannien einen Teil seiner Bomber unwiderruflich der ANF gibt und den anderen Teil für sich selbst behält, statt daß es die ganze Bomberflotte „auf Zeit“ und jederzeit widerruflich zur Verfügung stellt.

*Bundesminister*: Das Moment der Gleichberechtigung in der Kontrolle beurteilen wir positiv. Das verstehe ich auch hinsichtlich des Vetos. Die Frage, ob das amerikanische Veto – wie die Briten meinen – unwiderruflich aufrechterhalten bleiben soll oder ob man es – wie die Amerikaner meinen – unter gewissen Voraussetzungen (politische Einigung Europas etc., s.o.) aufgeben könnte, ist für uns kein Problem.

Hinsichtlich der Unterstellung der Nuklear-Streitmacht meinen wir, daß SACEUR die natürlichste Lösung wäre. Mehrere Gründe sprechen dafür: Der einzige wirklich potentielle Gegner ist die Sowjetunion, und darauf ist SACEUR eingestellt. SACEUR verfügt bereits über taktische Atomwaffen (die man jedenfalls dort lassen soll). Die neue Nuklear-Streitmacht soll mit ihren Mittelstreckenwaffen die gleichen Angriffsmittel der Sowjetunion bekämpfen. Der ursprüngliche Gedanke war ja, auf dem Land basierte Mittelstreckenraketen einzusetzen.<sup>17</sup> Da man die nicht hatte und die Aufstellung Schwierigkeiten gemacht hätte, entstand der Plan, die MLF zu schaffen. Wir neigen dazu, SACEUR als die richtige Stelle anzusehen.

Ihr Gegenargument, die MLF-Raketen könnten große Teile der Sowjetunion zerstören, trifft nur begrenzt zu: Die Raketen werden die Mittelstrecken-Geschosse im Westen der Sowjetunion bekämpfen.

Ihren zweiten Einwand betreffend die Möglichkeit eines französischen Vetos nehme ich durchaus ernst. Darüber muß man sprechen. Jedenfalls gehen die Meinungen in dieser Sache auseinander.<sup>18</sup>

Sie haben die Gleichberechtigung Deutschlands erwähnt, die bisher nur in

<sup>16</sup> Zu den Ergebnissen der Sitzung des NATO-Ministerrats vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa vgl. AAPD 1963, II, Dok. 190.

<sup>17</sup> Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

<sup>18</sup> Am 9. Dezember 1964 erläuterte Ministerialdirigent Voigt dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Lucet, die Vorstellungen der Bundesregierung hinsichtlich der Frage, „ob die MLF schon im Stadium des Vertragsabschlusses der Zustimmung aller NATO-Mitglieder bedürfe“. Voigt wies darauf hin, daß die MLF „gewissermaßen extra muros von den MLF-Partnern aufgebaut werde und daß erst nach einigen Jahren, wenn die Flotte oder Teile von ihr operativ sein werden, die Assignierung an SACEUR vorzunehmen sein wird“. Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheske vom 10. Dezember 1964 vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 154; B 150, Aktenkopien 1964.

SACEUR gegeben sei. Wenn aber SACEUR stärker und wichtiger wird, profitiert auch unsere Gleichberechtigung davon.

Für SACEUR spricht schließlich, daß eine einheitliche Befehlsführung dringend erwünscht ist. Zur Frage, wer soll wen wann und wohin zu einer ANF-Konferenz einladen, möchte ich folgendes sagen: Alle sollten eingeladen werden, die sich an der Multilateralen Nuklear-Streitmacht beteiligen wollen. Es würde sich also um eine gewisse Fortentwicklung der Pariser Acht-Mächte-Gruppe handeln. Das einzige Land, das zu den acht vielleicht hinzukommen würde, könnte Kanada sei. Konferenzteilnehmer sollten die Mitglieder der Pariser Gruppe sein. Man könnte statt der in Paris zusammenarbeitenden Botschafter auch eine Stufe höher gehen und auf der Ebene der Unterstaatssekretäre einladen.

Zur Frage, wer einladen soll, hätte ich keine Bedenken, wenn hier die größte der beteiligten Mächte, nämlich die Vereinigten Staaten einläden. Niemand würde dies als arrogant empfinden. Als Tagungsort würde ich NATO – Paris zustimmen. Als Zeitpunkt könnte man an Mitte Januar denken: Das Projekt wird nicht dadurch besser, daß es lange dauert. Für die öffentliche Meinung muß ein konkreter Vorschlag sichtbar werden. Das gilt auch für die Vereinigten Staaten.

*Gordon Walker:* War der ursprüngliche MLF-Vorschlag wirklich vom deutschen Standpunkt ideal? Deutschland war zwar mit einigen Ländern gleichberechtigt, aber doch nicht mit denen, die außerhalb der MLF Nuklear-Waffen besitzen, wie USA, Großbritannien und Frankreich. Der ursprüngliche MLF-Vorschlag hätte Deutschland nur den Anschein der Gleichberechtigung gegeben, nicht aber diese selbst. Unser Vorschlag der ANF gibt Deutschland eine größere und echtere Gleichberechtigung.

Zur Bomber-Frage: Diese haben ein längeres Leben, als Sie annehmen. Es wäre doch besser für Deutschland, wenn Großbritannien seine Bomber einbringe, auch wenn dies wirklich nur für einige Jahre der Fall sei, statt daß sie draußen blieben und damit die Gleichberechtigung Deutschlands schwächten.

Zeitplan: Ich bin sehr froh, daß auch Sie die schon so lange sich hinziehende Debatte bald beenden wollen. Ich bezweifle allerdings, daß die Amerikaner in der Lage sind, schon für Mitte Januar eine ANF-Konferenz einzuberufen. Vielleicht paßt es Ihnen besser, dies für etwa einen Monat später zu tun. Mit der von Ihnen vorgeschlagenen Ebene der Botschafter oder der Unterstaatssekretäre bin ich einverstanden. Zur Wahl des Ortes (Paris) ist zu bemerken, daß dort der Druck in Richtung auf eine Verzögerung der MLF sich stark bemerkbar machen wird.<sup>19</sup>

Die von Ihnen gewünschte britische Beteiligung an der Überwasserflotte lehnen wir ab. Die gemischte Bemannung von Bombern wird von den Amerikanern akzeptiert. Wir bleiben dabei, daß wir unsere Polaris-U-Boote als großen und starken Beitrag betrachten. Ob bei Ihnen eine gemischte Bemannung durchführbar ist, müßten die Amerikaner entscheiden. Sie scheinen sich – ebenso wie wir – ablehnend zu verhalten.

<sup>19</sup> Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF/ANF vgl. zuletzt Dok. 377.

Zur Unterstellungsfrage ist zu sagen, daß SAC auch nicht SACEUR unterstellt ist, sondern mit SACEUR lediglich in der Zielplanung zusammenwirkt. Das Bestehen einer Nuklear-Streitmacht außerhalb SACEURs wäre daher nichts Neues. Natürlich müßte es eine gemeinsame strategische und Zielplanung geben.

Ob zu den bisher acht Teilnehmerstaaten Kanada hinzukommt, erscheint mir fraglich; Kanada sieht Europa zum Teil durch französische Augen und läßt sich wie sonst kein Land in seiner Außenpolitik durch innenpolitische Erwägungen beeinflussen. Immerhin, wir würden es begrüßen, wenn Kanada mitmache.<sup>20</sup>

Ihrem Vorschlag, die Vereinigten Staaten sollten zu der ANF-Konferenz einzuladen, stimme ich zu.

Auf die letzte Seite des britischen Papiers verweisend, schlug Mr. Gordon Walker vor, daß bei Aufstellung der Nuklear-Streitmacht eine auf die NATO beschränkte feierliche Erklärung abgegeben werden solle, wonach die Nuklear-Mächte weder kollektiv noch individuell Atomwaffen an Nicht-Nuklear-Mächte abzugeben sich verpflichten. Die Erklärung soll die Sowjetunion und die übrige Welt überzeugen, daß es sich bei der Nuklear-Streitmacht nicht um eine verkappte Weitergabe von Nuklearwaffen (disguised dissemination) handelt.<sup>21</sup>

Lord Chalfont: Erläuterte, daß bei je drei bis vier amerikanischen und britischen Polaris-U-Booten die Feuerkraft der ANF sowie ihre Reichweite unter Berücksichtigung auch der V-Bomber und der TSR-2 sowie der F-111 (TFX) erheblich größer seien, als bei der MLF. Hinzu kämen die Minuteman-Mis-siles, bei denen die Amerikaner zwar jetzt noch zögerten, die sie aber späterhin möglicherweise ebenfalls zur Verfügung stellen würden.

Zur Frage, wie schnell die V-Bomber veralten, hat sich die Einstellung der Amerikaner in letzter Zeit geändert. Wenn man davon ausgehe, daß die Bomber „not obsolete, but obsolescent“ seien, käme man zu langen Zeiträumen, bis die Bomber wirklich endgültig veraltet seien.

Die erwähnte Erklärung über die Nichtweitergabe von Atomwaffen würde vielleicht erreichen, daß die sowjetische Aversion gegen die Nuklear-Streitmacht sich abschwäche und die Sowjetunion einem Nichtweitergabe-Abkommen, das sie jetzt wegen der MLF von sich weise, schließlich doch näher trete.

<sup>20</sup> Vgl. dazu weiter den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 11. Januar 1965; AAPD 1965.

<sup>21</sup> Zu den sowjetischen Vorwürfen, die geplante MLF verstöße gegen das Prinzip der Nichtverbreitung von Kernwaffen, vgl. Dok. 253 und weiter Dok. 387.

Am 11. Dezember 1964 unterrichtete der Erste Botschaftsrat der britischen Botschaft, Taylor, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kutscher von einem sowjetisch-britischen Notenwechsel über die MLF. In einer Note vom 16. November 1964 habe die sowjetische Regierung Großbritannien beschuldigt, mit ihrer Haltung gegen das Prinzip der Nichtverbreitung von Atomwaffen zu verstößen, wie es von Premierminister Wilson bei seinem Besuch in Moskau vor den Wahlen bekräftigt worden sei. Die britische Regierung, fuhr Taylor fort, habe in einer Antwortnote vom 9. Dezember 1964 den Vorwurf energisch zurückgewiesen und betont, daß die britischen Vorschläge zur „Erneuerung der Interdependenz des atlantischen Bündnisses auf dem Kernwaffen-gebiet“ gerade der Nichtverbreitung dienen sollten. Zudem gewähre die MLF der Bundesrepublik keine Kontrolle über Kernwaffen. Für die Aufzeichnung vom 14. Dezember 1964 vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1324; B 150, Aktenkopien 1964.

*Bundesminister:* Sind die Briten der Meinung, daß man auf Überwasserschiffe überhaupt verzichten soll oder wollen sie sich nur nicht an einer Überwasserflotte beteiligen? Für uns ist sie ein entscheidend wichtiges Element; eine Beteiligung Großbritanniens an den gemischten Besetzungen wäre ungeheuer wertvoll. Der Mangel an elektronisch geschultem Personal, der von britischer Seite ins Feld geführt worden ist, muß sich doch durch intensive Ausbildung in einer Reihe von Jahren beheben lassen.

*Gordon Walker:* In Washington haben wir uns nicht festgelegt (we reserved our position).

*Bundesminister:* Uns bewegt die Frage des politischen Erscheinungsbildes sehr. Es ist unvollständig, wenn die Briten nicht mitmachen. In Engagements dieser Art spielen die politischen und psychologischen Faktoren eine sehr große Rolle.

Sie sagten, daß die MLF uns nur den Anschein der Gleichberechtigung gegeben hätte. Ich verkenne nicht, daß das Draußenbleiben von nationalen Elementen außerhalb der MLF den Eindruck erweckt hätte, daß Deutschland nicht gleichberechtigt sei. Es wäre für uns ein gewisser Trost gewesen, daß es sich bei diesen nationalen Elementen um Waffen handelte, die „obsolescent“ sind.

Über die Frage der gemischten Bemannung von Bombern haben wir nicht viel nachgedacht, weil wir das Bomber-Element für auslaufend hielten.

*Französische Haltung:* Die Franzosen haben uns zwei Jahre lang gesagt, die MLF sei kein Problem zwischen ihnen und uns. Es interessiere sie nicht<sup>22</sup>; sie hätten den Weg der Force de Frappe gewählt. Noch im Februar dieses Jahres wünschten uns die Franzosen viel Glück zur MLF.<sup>23</sup> Ich habe vorgestern M. Couve de Murville gefragt, ob er sich an alles das erinnere. Er sagte: „Wir haben unsere Meinung seit drei bis vier Monaten geändert.“<sup>24</sup> Bei näherer Untersuchung der Motive der Beteiligten hätte die französische Regierung die Überzeugung gewonnen, daß die MLF der Isolierung Frankreichs dienen solle. Ich habe M. Couve de Murville gesagt, die MLF bezwecke genau das Gegenteil.

Wir müssen uns wohl damit abfinden, daß nach französischer Ansicht eine neue Nuklear-Streitmacht unnötig ist: Das amerikanisch-sowjetische Gleichgewicht sichere den Frieden. Demgegenüber kann man nur feststellen, wenn es auf der anderen Seite eine Kombination gibt, die von Wladiwostok bis Weimar reicht, dann brauchen wir eine Kombination von Berlin bis San Francisco.

Ich gehe davon aus, daß Frankreich alles tun wird, was es kann, um die ANF-Konferenz möglichst zu verzögern und zu verhindern. Ich habe klar gemacht, daß unsere Politik den Franzosen zu jedem von ihnen gewünschten Augenblick die Möglichkeit bietet mitzumachen und daß dies auch die britische und amerikanische Politik sei.

<sup>22</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 22. Januar 1963 in Paris; AAPD 1963 I, Dok. 43.

<sup>23</sup> Vgl. Dok. 50.

<sup>24</sup> Vgl. Dok. 377.

Bei den Überlegungen über die Nichtweiterverbreitungsklausel müssen wir nicht aus dem Auge verlieren, was sich zwischen uns und der Sowjetunion ereignet und wie es mit Fortschritten in der Wiedervereinigung aussieht.<sup>25</sup> Wir wollen keine Erklärungen mit weltweiter Wirkung abgeben, ich meine aber, daß wir bei dieser Klausel mitmachen. Sie sollte jedoch nicht ausschließen, daß wir uns an einer etwa entstehenden europäischen Atommacht beteiligen könnten.

Gegenüber den von Lord Chalfont erwähnten Angaben über die Feuerkraft der ANF weist der Bundesminister darauf hin, daß die sechs oder acht Polaris-U-Boote über weniger Megatonnen verfügen als die MLF, sobald die Lebensdauer der Bomber abgelaufen sei. Die Bedeutung der Erklärung über die non-dissemination ist anzuerkennen. Wir wollen gewiß keine Erschwerung in den Beziehungen mit der Sowjetunion, wir haben unsere Erfahrungen mit ihr gemacht: Immer wenn der Westen sich effektive Verteidigungsinstrumente schuf, kam die Sowjetunion mit einer Mischung aus Drohungen und Lockungen. Was soll man davon halten, wenn Gromyko vor den Vereinten Nationen jetzt erklärt, die MLF „verhindere“ die Wiedervereinigung.<sup>26</sup> Wir sind jederzeit bereit, mit der Sowjetunion über das Selbstbestimmungsrecht zu sprechen, nicht aber über die MLF.

*Gordon Walker:* Gegenüber Ihrem Argument, daß es nicht so wichtig sei, wenn es nationale Nuklear-Kräfte außerhalb der MLF gebe, da ja auch die Force de Frappe existiere, möchte ich sagen, an der Force de Frappe können wir nichts ändern, wohl aber können wir unsere unabhängige Abschreckungswaffe in die ANF einbringen.

Wir akzeptieren das Prinzip der gemischten Bemannung für die Bomber. Auch wenn diese nur noch einige Jahre Lebensdauer haben, ist es doch besser, sie in der MLF zu wissen und nicht außerhalb.

Ich möchte Sie von einem gefährlichen Argument unterrichten, das M. Spaak uns gegenüber anwandte.<sup>27</sup> Er legte uns dringend nahe, keineswegs auf das Recht zu verzichten, unseren Anteil an der Nuklear-Streitmacht nötigenfalls wieder in die nationale Verfügungsgewalt zurückzunehmen. Dieses Recht zu behalten, sei das einzige Mittel, Präsident de Gaulle die Multilaterale Nuklear-Streitmacht attraktiv zu gestalten. Wir sind anderer Ansicht: Es würde

<sup>25</sup> Zur Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen vgl. zuletzt Dok. 253.

Zu den Überlegungen, die Zustimmung zur Nichtverbreitung von Atomwaffen mit Fortschritten in der Deutschland-Frage zu verbinden, vgl. Dok. 334.

<sup>26</sup> Am 7. Dezember 1964 erklärte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der UNO-Generalversammlung in New York: „In condemning the plans for the establishment of a NATO multilateral nuclear force, the Soviet Union states quite frankly that the realization of those plans will make the unification of Germany still more difficult. Those who are really concerned about the unification of Germany and do not merely pay elaborate lip-service about it, must understand that the creation of multilateral nuclear forces would be a further obstacle to achieving rapprochement and agreement between the two German States. In short, a NATO multilateral nuclear force and the cause of German unification are incompatible.“ Vgl. UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 19th Session, 1292nd Meeting, S. 8.

<sup>27</sup> Zum Gespräch des belgischen Außenministers Spaak mit dem britischen Außenminister Gordon Walker am 2. Dezember 1964 in London vgl. Dok. 381, Anm. 14.

unserer ganzen Konzeption zuwiderlaufen, wenn wir auf diesem Recht bestehen wollten.

**BAOR und Stationierungskosten<sup>28</sup>**

Gordon Walker: Wir sind besorgt über die Belastung unseres Devisenhaushalts durch die BAOR, die sich auf jetzt £ 85 Millionen (DM 950 Millionen) im Jahr beläuft und uns sehr schwer zu schaffen macht. Wir müssen unsere Ausgaben für die gesamte Verteidigung überprüfen. Nicht nur der Schatzkanzler<sup>29</sup>, sondern die gesamte Regierung ist der Meinung, daß Einsparungen vorgenommen werden müssen. Wir bitten die Bundesregierung, sorgfältig zu prüfen, ob nicht wesentlich mehr gekauft werden kann als bisher geschehen, z.B. Flugzeuge des Typs BAC 1-11.<sup>30</sup> Es ist bitter zu wissen, daß wir besser und billiger liefern können als die Amerikaner, und daß dann die Deutschen – aus anderen Gründen – dennoch nicht bei uns, sondern in USA kaufen.

*Bundesminister:* Wir haben zugesagt, alles in unseren Kräften stehende zu tun, um in möglichst hohem Umfang in Großbritannien zu kaufen. Zu einem Teil liegt die Schwierigkeit darin, daß unsere Bundeswehr stark auf amerikanische Lieferungen eingestellt ist, weil sie ihren Aufbau in sehr enger Zusammenarbeit mit den Amerikanern durchführte.

Hinsichtlich des von Mr. Gordon Walker und Sir Frank Roberts erwähnten hydro-elektrischen Projekts der Firma Siemens in Peru wird Prüfung zugesagt.

Bei den BAC 1-11 Flugzeugen ist zu bedenken, daß die Lufthansa eine vergleichsweise recht selbständige Gesellschaft ist. Neben technischen Einwänden (Zellenbau) führt die Lufthansa an, sie sei bestrebt, die Zahl der verwendeten Typen zu verringern. Dennoch wird von uns geschehen, was möglich ist. Die Angelegenheit wird in Kürze im Kabinett behandelt werden.<sup>31</sup>

**Abteilung II (II 7), VS-Bd. 699**

<sup>28</sup> Dazu hielt Abteilung II am 8. Dezember 1964 fest, daß mit einem britischen Antrag auf Reduzierung der Sollstärke der Rheinarmee zu rechnen sei. Als Gründe für einen entsprechenden Vorstoß vermutete Abteilung II neben den hohen Stationierungskosten die zahlreichen militärischen Verpflichtungen in Übersee und allgemeine Rekrutierungsschwierigkeiten. Vgl. Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 173; B 150, Aktenkopien 1964.

Zu den negativen militärischen Auswirkungen einer weiteren Verminderung der Sollstärke der Rheinarmee vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete vom 9. Dezember 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 811; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>29</sup> James Callaghan.

<sup>30</sup> Zum britischen Interesse, Flugzeuge vom Typ BAC 1-11 an die Lufthansa zu verkaufen, vgl. bereits Dok. 372, Anm. 17.

<sup>31</sup> Mit Bezug auf das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker empfahl Ministerialdirigent Voigt am 14. Dezember 1964, „den Ankauf der britischen Maschinen der Lufthansa näherzubringen“. Ministerialdirektor Sachse machte am 15. Dezember 1964 darauf aufmerksam, daß sowohl das Bundesministerium für Verkehr wie auch die Lufthansa selbst den Ankauf des amerikanischen Flugzeugtyps „Boeing 737“ bevorzuge. Er führte weiter aus, daß Bundeskanzler Erhard beabsichtigte, „am 15.12. dem Kabinett vorzuschlagen, eine unabhängige Sachverständigenkommission für die Auswahl eines Kurzstreckenflugzeugs einzusetzen“. Vgl. Referat III A 4, Bd. 397.

Vgl. dazu weiter Dok. 399, besonders Anm. 9.

383

**Gespräch des Bundesministers Schröder mit  
Premierminister Wilson in London**

St.S. 2404/64 geheim

11. Dezember 1964<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen führte am 11. Dezember 1964 um 17.00 Uhr in London ein Gespräch mit dem britischen Premierminister Wilson.

Premierminister Wilson sagte einleitend, anscheinend habe seine Rede im Unterhaus einige Verärgerung in Deutschland hervorgerufen.<sup>2</sup> Tatsächlich habe er jedoch nur davon gesprochen, daß Großbritannien sein nukleares Potential unwiderruflich in ein System einbringen wolle, das einem permanenten amerikanischen Veto unterworfen sei.

Der Herr Minister erklärte, in Deutschland habe vor allem die Erklärung Ärger verursacht, daß auf keinen Fall die Deutschen einen Finger am Abzugs-hahn haben dürften. Deutschland habe freiwillig auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet.<sup>3</sup> Dennoch habe es niemand gern, wenn etwas gesagt werde, was geringere Rechte bedeute. Damit würden tiefe Quellen aufgerissen.

Premierminister Wilson erwiderte, er habe im vergangenen Jahr in Moskau<sup>4</sup> alle Anstrengungen unternommen, um den Russen klar zu machen, daß die MLF eben keinen deutschen Finger am Abzugshahn bedeute. Im übrigen sei er überzeugt, daß die Russen für Deutschland zwar keine Haßliebe, aber eine Art Respekt haßt empfänden. Im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs habe diese Tatsache zu einer Art Komplex in Rußland geführt. Das sei es, was er im Unterhaus habe sagen wollen. Im übrigen werde er in den nächsten Tagen erklären, daß überhaupt niemand den Finger am Abzugs-hahn habe solle.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 13. Januar 1964 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder am 20. Dezember 1964 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Erklärung des Premierministers Wilson vom 23. November 1964 vgl. Dok. 354, besonders Anm. 4. Zur Reaktion auf die Erklärung in der Bundesrepublik vgl. die Artikel „Wilson lehnt die MLF ab“ und „Wilson gegen Atomflotte“; DIE WELT, Nr. 274 vom 24. November 1964, S. 1, bzw. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 273 vom 24. November 1964, S. 1.

<sup>3</sup> Die Bundesrepublik verzichtete in den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954 auf die Herstellung von Atomwaffen. Vgl. dazu Dok. 27, Anm. 27.

<sup>4</sup> Zum Besuch des Vorsitzenden der Labour Party, Wilson, vom 9. bis 15. Juni 1963 in Moskau vgl. AAPD 1963, II, Dok. 201.

Botschafter Groepper, Moskau, berichtete am 19. Juni 1963, Wilson habe gegenüber Ministerpräsident Chruschtschow geäußert, daß die Labour Party „absolut dagegen sei, daß Deutschland direkt oder indirekt einen Finger am Atomdrücker habe“. Auf einer Pressekonferenz hatte der britische Oppositionsführer dem Vernehmen nach wörtlich erklärt: „Die Perspektive, daß Westdeutschland Atommacht wird, läßt mir das Blut in den Adern gerinnen.“ Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.

Zum Aufenthalt von Wilson in Moskau vom 31. Mai bis 4. Juni 1964 vgl. Dok. 372, Anm. 4.

<sup>5</sup> Zur Erklärung des Premierministers Wilson vor dem britischen Unterhaus am 16. Dezember 1964 vgl. Dok. 381, Anm. 9.

Zur Vereinbarkeit der vorgeschlagenen ANF mit dem Prinzip der Nichtverbreitung von Atomwaf-

Der Herr *Minister* betonte noch einmal die deutsche Anfälligkeit auf alles, was einer Diskriminierung ähnlich sähe.

Premierminister *Wilson* bezeichnete die britische Opposition als verantwortungslos, da sie ihm diese Debatte aufgezwungen habe.<sup>6</sup> Er habe versucht, so wenig wie möglich zu sagen, sei aber gezwungen gewesen, ohne vorherige Konsultation mit seiner Partei und seinen Kollegen größere Veränderung der ursprünglichen Politik seiner Regierung darzulegen. Dazu gehöre, daß das Polaris-U-Boot-Programm fortgesetzt werden solle, um diese Waffen dann unwiderruflich der NATO zur Verfügung zu stellen. Gerade deswegen habe er sehr stark die Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen herausstellen müssen. Interessant sei, daß die Nichtverbreitung von Atomwaffen in Washington heute stärker betont werde. Im Zusammenhang mit der chinesischen Atomexplosion<sup>7</sup> rücke auch das indische Problem<sup>8</sup> stärker in den Mittelpunkt. Er habe jedoch niemals angenommen, Deutschland wolle eine eigene Atommacht.

Der Herr *Minister* betonte, Deutschland wolle keine eigenen Atomwaffen, sondern vielmehr ein möglichst integriertes System zur Erzielung einer vollständigen Abschreckung. Für Deutschland handele es sich daher nicht darum, wer den Finger am Abzug habe, sondern darum, ein glaubwürdiges Abschreckungssystem zu schaffen. Spreche man daher die Frage eines deutschen Fingers am Abzug direkt an, so liege dies außerhalb der eigentlichen deutschen Überlegungen und führe leicht dazu, daß derartige Erklärungen von Deutschland als diskriminierend empfunden würden.

Premierminister *Wilson* sagte, er kenne niemand[en] in Deutschland, der eine deutsche Atommacht wolle, ja nicht einmal eine deutsch-französische Atomwaffe. Er habe dies auch gesagt. Der neue britische Vorschlag ziele genau auf den deutschen Wunsch ab, eine glaubhafte, kollektive Abschreckung zu schaffen, bei der jeder ein Mitspracherecht, niemand aber den Finger am Abzugsgriff habe. Die Aufgabe der nationalen britischen Abschreckung sei zentrales Thema des Wahlkampfes<sup>9</sup> gewesen und werde auch Mittelpunkt der britischen Politik bleiben. Die Times vom Vortage habe erklärt, in Washington sei der Anfang der bisher größten Selbstverleugnung gemacht worden.<sup>10</sup> Genau das

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1510*

fen führte Wilson aus: „To ensure that the new arrangements could not result in, or be accused of leading to, dissemination of nuclear weapons, and in particular to ensure that they could not be represented as bringing any new fingers nearer to the nuclear trigger, the charter of the force should have clauses under which the nuclear members would undertake not to disseminate nuclear weapons, and the non-nuclear members would undertake not to acquire them or to acquire control over them.“ Vgl. HANSARD, Bd. 704, Spalte 435.

<sup>6</sup> Zur Diskussion über die MLF/ANF in Großbritannien vgl. 372, Anm. 10.

<sup>7</sup> Zur Zündung der ersten Atombombe der Volksrepublik China am 16. Oktober 1964 vgl. Dok. 297, Anm. 24.

<sup>8</sup> Zum Grenzkonflikt zwischen der Volksrepublik China und Indien vgl. Dok. 160, Anm. 23.

Zu den Befürchtungen hinsichtlich des Baus einer indischen Atombombe vgl. Dok. 374, besonders Anm. 4.

<sup>9</sup> Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

Zu den verteidigungspolitischen Aspekten des Wahlmanifests der Labour Party vom 12. September 1964 vgl. Dok. 266, Anm. 33.

<sup>10</sup> Vgl. dazu den Artikel „Disposal of Britain's Deterrent“: Darin hieß es: „The disposal of Britain's nuclear deterrent, an act of national abnegation surely unprecedented, appears to have begun.

sei der Inhalt der britischen Vorschläge in Washington. Gleichgültig, ob irgendeine gemischt bemannte Flotte zustande komme (von der England keineswegs begeistert sei) oder ob der britische Vorschlag angenommen werde, gehe es im wesentlichen darum, daß England und Deutschland absolut gleichberechtigt seien.

Der Herr *Minister* stellte klar, daß Deutschland aus eigenen Motiven für das Projekt der MLF sei und nicht etwa, weil die Amerikaner dies wollten. Deutschland wolle die Integration im Bündnis auf konventionellem und nuklearem Gebiet. Dazu bedürfe es eines brauchbaren Instruments. Nach deutscher Auffassung sei die MLF geradezu ideal dafür geeignet, weil sie eine neue, sichtbare, multilaterale Einrichtung darstelle. Dies habe nichts mit einem deutschen Wunsch zu tun, Atomwaffe zu werden.

Premierminister *Wilson* bemerkte, der britische Vorschlag ziele darauf ab (abgesehen von einigen britischen Aufgaben im Fernen Osten), die gesamte britische Abschreckungsmacht in Europa der NATO zu unterstellen. Dabei sollten die in Europa dislozierten V-Bomber sowie in Zukunft die britischen Polaris-U-Boote einbezogen werden. Es sei allerdings notwendig, daß die Amerikaner dieselbe Zahl an Polaris-U-Booten beisteuerten. Hinsichtlich der gemischt bemannten Überwasserflotte habe Großbritannien einen Alternativvorschlag gemacht.<sup>11</sup> Die Amerikaner hätten darauf erklärt, vielleicht ließen sich die beiden Vorschläge kombinieren. Die britische Haltung zu einer Überwasserflotte sei reserviert, noch reservierter jedoch hinsichtlich einer britischen Beteiligung an der gemischten Bemannung einer solchen Flotte. Es sei nun erforderlich, mit allen gemeinsam den besten Weg zum gemeinsamen Ziel zu suchen. Das Ziel sei eine glaubwürdige kollektive nukleare Abschreckung unter gleichzeitiger Vermeidung der Verbreitung von Atomwaffen. Dabei lägen der MLF-Vorschlag und der neue britische Vorschlag vor, wobei nach Auffassung Washingtons beide Projekte unter Verringerung der Zahl der Überwasserschiffe kombiniert werden könnten. Es sei zu berücksichtigen, daß die Einbringung der britischen Polaris-U-Boote und einer gleichen Zahl amerikanischer U-Boote die Feuerkraft wesentlich erhöhe.

Der Herr *Minister* unterstrich, für die nichtnuklearen Mächte der NATO sei die Überwasserflotte von besonderer Bedeutung. Großbritannien und Amerika verfügten bereits über eine nationale Kapazität, die sie einbringen könnten. Die Beteiligung der anderen Mächte sei nur glaubwürdig mittels eines geeigneten Instruments, und die Überwasserflotte sei die richtige Antwort darauf. Auch er befürworte daher eine mögliche Kombination der beiden Vorschläge. Für Deutschland sei eine gewisse britische Beteiligung an der gemischten Bemannung der Überwasserschiffe von ganz besonderer Bedeutung. Das neue Instrument dürfe nicht nur militärisch praktikabel sein, sondern

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1511*

The point of no return has yet to be reached, and indeed a future new commitment might seem to require some nuclear capability; nevertheless a tortuous process has been set in train in Washington in the past two days of talks between Mr. Wilson and President Johnson for such a historic departure"; THE TIMES, Nr. 56191 vom 10. Dezember 1964, S. 12.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 381.

müsste auch politisch-psychologisch überzeugend das Mitwirken der nicht-nuklearen Mächte zum Ausdruck bringen.

Premierminister *Wilson* bemerkte noch, er habe bei seinem Besuch in Washington<sup>12</sup> großen Wert darauf gelegt, eine Wiederholung von Nassau<sup>13</sup> zu vermeiden.

Nach einem kurzen Gedankenaustausch über den geplanten Besuch des britischen Premierministers in Bonn und Berlin<sup>14</sup> sagte Wilson noch, die neue britische Regierung sei in der Berlin-Frage ebenso engagiert wie ihre Vorgängerin.

Abschließend bedankte sich Wilson noch für die deutsche wirtschaftliche Unterstützung.<sup>15</sup>

Das Gespräch endete um 17.45 Uhr.

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 421

384

**Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder,  
z.Z. London**

St.S. 2337/64 geheim

Aufgabe: 11. Dezember 1964, 12.38 Uhr

Fernschreiben Nr. 708

Citissime mit Vorrang

Zu den britischen MLF-Vorstellungen, wie sie Ihnen am 9. Dezember in dem Spiers-Gespräch in Paris dargelegt wurden<sup>1</sup>, nehme ich, in Ergänzung der Aufzeichnung der Abteilung II vom 10. Dezember<sup>2</sup>, der ich beitrete, wie folgt Stellung:

<sup>12</sup> Zum Aufenthalt des Premierministers Wilson vom 7. bis 9. Dezember 1964 in Washington vgl. Dok. 375, Anm. 18.

<sup>13</sup> Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 186, Anm. 7.

<sup>14</sup> Zum Besuch des Premierministers Wilson vom 6. bis 9. März 1965 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 381, Anm. 24.

<sup>15</sup> Zu den internationalen Stützungsmaßnahmen für das britische Pfund vgl. Dok. 361, besonders Anm. 4.

1 Zum Gespräch des Mitarbeiters im amerikanischen Außenministerium, Spiers, mit Bundesminister Schröder am 9. Dezember 1964 in Paris vgl. Dok. 382, Anm. 9 und 12.

2 Ministerialdirigenten Ruete lehnte am 10. Dezember 1964 die britischen Vorschläge mit dem Hinweis ab, daß sie auf eine „völlige Umgestaltung des MLF-Projekts“ abzielten. Er wandte sich im einzelnen gegen die „Herauslösung der taktischen nuklearen Waffen aus der Befehlsgewalt SACEURs und ... die Schaffung eines multilateral regierten nuklearen Sonderkommandos“, und erläuterte: „Dieser Umbau wird vor allem von deutscher militärischer Seite entschieden abgelehnt, weil er das gegenwärtige, im Zeitfaktor einigermaßen befriedigende System der Freigabe der taktischen Waffen ändert. Eine multilaterale Kontrolle, möglicherweise mit einem Vetorecht der beteiligten Regierungen, kann für den Bereich der taktischen Waffen nicht hingenommen werden.“ Ruete schloß mit dem Hinweis, daß sich die Bundesrepublik zu den britischen Vorschlägen zunächst abwartend verhalten solle. Die Arbeiten der MLF-Arbeitsgruppe in Paris sollten

- 1) Das Prinzip der Gleichberechtigung im Verhältnis zwischen England, Deutschland, Italien und eventuell Frankreich müßte eindeutiger zum Ausdruck gebracht werden, als dies bisher der Fall zu sein scheint.
- 2) Was die Verbindung der MLF mit einem Nichtverbreitungsvertrage betrifft, so möchte ich wie folgt Stellung nehmen:
  - a) Keinesfalls sollten wir Bindungen eingehen, die die künftige Bildung einer europäischen Nuklearstreitmacht unmöglich machen würden. Dieser Weg muß offenbleiben.
  - b) Gegenüber dem Osten sollten wir uns nuklear nur binden, wenn damit Fortschritte in der Wiedervereinigungsfrage verbunden sind.
  - c) Gegenüber unseren westlichen Bundesgenossen, insbesondere unseren MLF-Partnern, könnte eine Bindung ins Auge gefaßt werden. Die Einzelheiten, insbesondere die Frage, ob wir über die bereits übernommene WEU-Bindung<sup>3</sup> hinausgehen sollten, müssen allerdings noch<sup>4</sup> geprüft werden.
- 3) Die Einbeziehung von Pershing-Raketen in die MLF sollten wir ablehnen.
- 4) Das Argument, SACEUR dürfe nicht über Waffen verfügen, die in das Herz des Sowjetreiches reichen, ist nach meiner Auffassung<sup>5</sup> abwegig. Europa wird durch die Sowjetunion und nur durch diese bedroht.<sup>6</sup> Es muß daher in einem Kriege mit ihr in der Lage sein, die Sowjetunion zu treffen.
- 5) Ich finde es gut, daß die Amerikaner sich nicht für die Zukunft dahingehend festlegen wollen, daß sie ihr Vetorecht niemals aufgeben werden.<sup>7</sup>
- 6) Die britische Forderung, daß der amerikanische und der britische Beitrag gleich groß sein müßte, ist schwer vereinbar mit der These Gordon Walkers, daß England, Deutschland, Italien und eventuell auch Frankreich in der MLF gleichberechtigt sein müßten.<sup>8</sup>

Carstens<sup>9</sup>

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1513*

fortgesetzt werden, zumal „ein Wiederaufrollen der Grundstruktur der MLF und eine völlig neue Konstruktion das ganze Projekt gefährden würde. Die britischen Vorschläge zur Änderung der Nuklearstruktur sind auch so weitreichend, daß der NATO-Rat im ganzen sich mit diesen Fragen beschäftigen müßte.“ Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1370; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>3</sup> Die Bundesrepublik verzichtete in den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954 auf die Herstellung von Atomwaffen. Vgl. dazu Dok. 27, Anm. 27.

<sup>4</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sehr sorgfältig“.

<sup>5</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „völlig“.

<sup>6</sup> Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

<sup>7</sup> Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. zuletzt Dok. 380. Vgl. weiter Dok. 393, Anm. 18.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 382.

<sup>9</sup> Paraphe vom 11. Dezember 1964.